



Internationaler Versöhnungsbund

Seit 1914 gewaltfrei aktiv
gegen Unrecht und Krieg

Rundbrief 1/2011



Olivenernte in Palästina

Besuch bei der Friedens-
gemeinde San José de
Apartadó in Kolumbien



Erfolgreiche Demonstranten in Ägypten



Neues von Beatrice Amomy aus
Uganda

Inhaltsverzeichnis

Editorial 3

Einladung zur

VB-Jahres-Mitgliederversammlung 4

Aussetzung der Wehrpflicht (U.Hahn) 5

Einführungsrede des neuen IFOR-Präsidenten

Hansuli Gerber 6

Olivenernte in Palästina (A. Lützow) 8

Ägypten – eine gewaltfreie Revolution verändert eine ganze Region (C. Ronnefeldt) 10

Einlage

Kairos-Palästina-Dokument I-X

VB-Antwort auf das Kairos-Papier X

Liste von Aktionsvorschlägen XI-XII

Grace-Pilgerreise (Kolumbien): Gewalt beenden durch Maßstäbe (S. Bossert) 13

Einen Stein ins Wasser werfen - Bericht aus der Arbeit des Friedenspolitischen Stammtisches, Minden (E. Wichmann) 15

Wir führen Krieg – Entrüstet euch - eine Aktion zum Volkstrauertag 2010 (L. Petersmann) 16

Ökumenische Erklärung: Treue zum Evangelium und

Bekenntnis zum Gott des Friedens (17)

Bericht von der VENRO-Tagung in Hannover W. Andruet / A. Hämer) 18

EXPECT-Seminar Ungarn (M. Krisinger) 19

Nachrichten und Termine 20

Aktuelles über Beatrice Amony und PDF in Uganda (U. Sonn) 21

Rezensionen 22

Gandhi-Worte 24

Impressum

Versöhnung - Rundbrief des Internationalen
Versöhnungsbundes Deutscher Zweig

Vierteljährliche Erscheinungsweise

Herausgeber: Versöhnungsbund e. V.
Schwarzer Weg 8; 32423 Minden

Telefon: 0571 - 8 5 08 75

Fax: 0571 - 8 29 23 87

E-Mail: vb@versoehnungsbund.de

Internet: www.versoehnungsbund.de

Verantwortlich für den Inhalt dieser Ausgabe:

Maria Krisinger, Dagmar Schulte,

Andreas Hämer

Redaktionsanschrift:

Andreas Hämer,

Zur Urselsbach 4

6352 Großbrosseln

E-Mail: versoehnung@gmx.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.
Juni 2011

Referat für Friedensfragen:

Clemens Ronnefeldt,

A.-v.-Humboldt-Weg 8 a

85354 Freising

Tel.: 08161 - 54 70 15

Fax: 08161 - 54 70 16

E-Mail: C.Ronnefeldt@t-online.de

Spendenkonto:

Versöhnungsbund e. V.

Konto-Nr.: 400 906 72

Sparkasse Minden-Lübbecke

BLZ 490 501 01

IBAN: DE20 4905 0101 0040 0906 72

(SWIFT Code: WELADED1MIN)

Druck und Versand:

Knotenpunkt Offsetdruck GmbH,

Buch/Hunsrück

Titelfoto: Magdi Gohari, München.

(Demonstration in Ägypten)

Editorial

Wer hätte das gedacht?

Die Geschichte wiederholt sich nicht, das ist sicher. Aber der Gedanke an die Ereignisse vom Herbst 1989 liegt nahe. In der arabischen Welt steht ein Volk nach dem anderen gegen seine längst ausgedienten Despoten auf. Was in Tunesien begann und sich in Ägypten fortsetzte, zieht offenbar immer weitere Kreise – bis wohin noch?

Seltsam, um nicht zu sagen: beschämend ist es, wie zögerlich hierzulande die Reaktionen ausfallen. Machthaber, die gestern noch als treue Bündnispartner in der gesamten arabischen Welt galten, werden heute oder morgen wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen. Die arabischen Völker, die bis vor kurzem noch ihre Unterdrückung im Dienst unserer wirtschaftlichen und politischen Interessen hinzunehmen hatten, werden plötzlich als demokratische Basisbewegungen hochgejubelt und ermutigt, trotz aller Opfer weiter für Freiheit und Menschenwürde zu kämpfen. Wäre es nicht wünschenswert, wenn diese Demokratiebewegung tatsächlich ihre Kreise bis hin zu uns ziehen würde und Millionen von Arbeitslosen bzw. Hartz-IV-EmpfängerInnen anstecken könnte, ihr Recht auf Arbeit und Menschenwürde einzufordern?

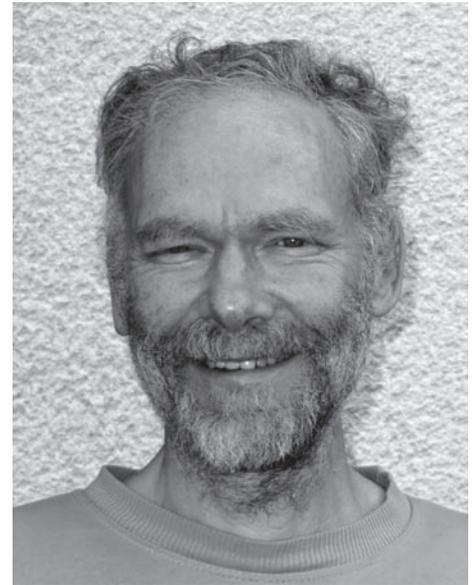
Das ist – zugegebenermaßen – leider wohl

ziemlich utopisch. Auch ist völlig offen, was bei alledem herauskommen soll, wenn es fertig ist. Im ägyptischen Militärtrat sind Frauen bislang nicht berücksichtigt; Gaddafi scheint wieder Land zu gewinnen, und der republikanischen Partei in den USA fällt nichts anderes ein als neue Waffenlieferungen, diesmal an die andere Seite.

Eine andere Frage ist die Wirkung jener Bewegung auf die politische Lage im Nahen Osten, vor allem im Hinblick auf einen Friedens- und Versöhnungsprozess in Israel/Palästina. Damit beschäftigt sich der Beitrag von Clemens Ronnefeldt – und im weiteren Umfeld andere Beiträge. Vor allem möchte ich an dieser Stelle die zwölfseitige Einlage in diesem Heft erwähnen:

- das KAIROS-Papier christlicher PalästinenserInnen, sowie
- die Antwort des Versöhnungsbundes, die aus einer Klausurtagung im Dezember 2010 in Schöffengrund erwachsen ist, und zu der
- die Liste von Aktionsvorschlägen unbedingt hinzugehört.

Es war ein zähes Ringen um diese Antwort, die im Grunde seit der Jahrestagung 2010 in Bonn ausstand. Diese Innen-Einlage kann beim Versöhnungsbund nachbestellt werden.



Eine Nachbemerkung in eigener Sache, betr. Layout: Otmar Steinbicker, Herausgeber des Aachener Friedensmagazins www.aixpaix.de und Mitglied des Kooperationsrates der Kooperation für den Frieden, hat sich bereit erklärt, dies ehrenamtlich zu besorgen. Er stellt sich unten kurz vor.

Wir – die Redaktion – wünschen uns aufmerksame LeserInnen, bei denen der Rundbrief nicht sofort auf der Ablage landet, und freuen uns auf ein Wiedersehen auf der Jahrestagung in Duderstadt.

Andreas Hämer

Unser neuer Layouter

Otmar Steinbicker stellt sich vor

In der Friedensbewegung kennt mich der eine oder die andere als einen der Sprecher der Kooperation für den Frieden in den Jahren 2006-2009, als weiterhin aktives Mitglied des Kooperationsrates, als Afghanistan-Experte, der enge Verbindungen zur Nationalen Friedensjirga Afghanistans unterhält oder auch als Herausgeber des Aachener Friedensmagazins www.aixpaix.de.

In Aachen kennt man mich darüber hinaus als Kolumnisten der „Aachener Nachrichten“ und langjährigen Vorsitzenden des Aachener Friedenspreis e.V. (2003-2009).

In der Friedensbewegung bin ich dabei, seit ich 1969 zum ersten Mal am Ostermarsch teilnahm. Von 1979 bis 1989 habe ich die Friedensbewegung aber auch die internationale Diskussion um die Raketenstationierung als Tageszeitungsredakteur begleitet – mit Berichten von den großen Bonner Demonstrationen

und auch aus dem NATO-Hauptquartier in Brüssel.

Meine Vorliebe für das Layout kennen eher wenige. Es ist ein Hobby, das ich ebenfalls lange pflege. Mitte der 70er Jahre arbeitete ich in Münster an einer linken Studentenzeitschrift mit. Da lief das Layout noch mit Schere und mühsam abgerubbelten Letraset-Buchstaben für die Überschrift. Besonders problematisch war damals die Wiedergabe von Fotos. Das professionelle Rastern war ein extrem teures Verfahren und kostete circa 100 DM pro Bild. Ich nutzte damals ein vereinfachtes fotografisches Verfahren, mit dem ich ohne nennenswerte Kosten ein Foto bis zu DIN A 4 ansehbar wiedergeben konnte. Der RCDS, dem damals in Münster unser heutiger Verteidigungsminister Thomas de Maizière angehörte, konnte da nicht mithalten und musste in seinen Flugblättern notgedrungen Fotos in Steckbriefqualität wiedergeben oder besser auf sie verzichten.



Später als Tageszeitungsredakteur habe ich noch den Bleisatz und die Umstellung auf Computersatz kennengelernt.

Ein Layout-Profi bin ich nie geworden, meine langjährigen Erfahrungen im Umgang mit Texten und Fotos und Layout bringe ich dennoch gerne für den Versöhnungsbund ein.

Einladung zur

Jahres-Mitgliederversammlung 2011

Ort: Jugendgästehaus Duderstadt, Adenauerring 23, 37104 Duderstadt

**Erster Teil: Donnerstag, 02.06.2011,
14:00 bis 15:15 Uhr**

**Zweiter Teil: Sonntag, 05.06.2011,
09.30 bis 12.30 Uhr**

Liebe Vereinsmitglieder,

hiermit möchte ich euch herzlich zu unserer Jahres-Mitgliederversammlung 2011 einladen. Diese wird jeweils vor und nach unserer Tagung zum Thema „AFGHANISTAN – Der ferne Krieg als Spiegel unserer Gesellschaft“ abgehalten.

Vorgeschlagene Tagesordnung

Teil I. 02.06.2011, 14:00 bis 15:15 Uhr

TOP

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit/ Festlegung der Tagesordnung
3. Bestellung der Antragskommission
4. Berichte des Vorstandes und der MitarbeiterInnen
5. Finanzbericht 2010 und Bericht des/der

KassenprüferIn

6. (Kurz-)Vorstellung der bisher vorliegenden Anträge

Teil II. 05.06.2011, 09.30 bis 12.30 Uhr

7. Anträge
8. Wahl der Kassenprüfer 2011
9. Haushaltsplan 2011

10. Verschiedenes

Anträge zur Mitgliederversammlung erbitten wir bis spätestens 26.04.11 in die Geschäftsstelle, wenn sie mit den Vorbereitungsunterlagen zur Jahrestagung an die angemeldeten Mitglieder versendet werden sollen.

Genannt werden sollen an dieser Stelle bereits die vom Vorstand noch aus zu formulierenden Anträge (Begründung werden mit den Mitgliederunterlagen zur Jahrestagung bzw. auf Anfrage zu geschickt):

Antrag 1: Erhöhung des Normal-Jahresbeitrags für Mitglieder des Versöhnungsbundes um Euro 10,- von Euro 50,- auf Euro 60,-.



Antrag 2: Möglichkeit der Befreiung von der Teilnahmegebühr zu Jahrestagungen für die mitwirkenden Vorstandsmitglieder, die auf ehrenamtlicher Basis erheblichen Einsatz für Organisation und Planung der Tagungen aufbringen.

Antrag 3: Der VB schafft sich für eventuell notwendige Konfliktbewältigung zwischen haupt- und nebenamtlichen Mitgliedern eine Struktur mit Ombudspersonen, die von der MV für eine bestimmte Zeitperiode bestätigt werden.

Antrag 4: Die ersten 20 Anmeldungen Teilnehmender bis 27 Jahren erhalten auf Anfrage vergünstigten Beitrag für die Jahrestagung.

Mit freundlichen Grüßen
Matthias-W. Engelke, Vorsitzender

Beschwernisverfahren – Ein Leitfadens

Konflikte sind normal. Es ist die Kunst, mit ihnen so zu leben, dass die Chancen, die darin mitgegeben werden – als Chancen zum Leben, zur Versöhnung und zu Neuem – wahrgenommen werden.

Der Versöhnungsbund gibt sich folgende Regeln im Falle von Beschwerden bzw. Konflikten im Vorstand: (a) Zwischen Angestellten des Versöhnungsbundes, (b) zwischen Vorstandsmitgliedern bzw. (c) zwischen Vorstandsmitgliedern und hauptamtlich Mitarbeitenden:

1. Der Vorstand des Versöhnungsbundes benennt Ombudsleute als Anlaufstelle. Deren vornehmste Aufgabe ist es: Zuzuhören und dazu zu ermutigen, mit der oder den Personen ins Gespräch zu kommen, mit der oder denen die Beschwerde besteht.

Nachdem sich jemand an einen Ombudsmann oder Ombudsfrau gewandt hat, sollte er oder sie innerhalb von zwei Wochen dieses Vorgespräch geführt haben.

Ansprechpartner Ost : Leo Petersmann, Tel: 030 - 3424117

Ansprechpartner Süd: Birgit Gündner, Tel: 07144 - 97245

2. Wenn das Gespräch zwischen den Konfliktpartnern zu keiner Entspannung oder Lösung geführt hat, ermutigt und unterstützt der Ombudsmann bzw. die Ombudsfrau beide Seiten zu einem Konfliktbearbeitungsverfahren, zur Zeit, einen Termin mit einem Mediator oder Mediatorin zu vereinbaren. Bis es zu dieser Entscheidung kommt, sollten maximal zwei Monate verstreichen. Zunächst

sollen Mitglieder des Versöhnungsbundes gefragt werden, diese Mediatorentätigkeit unentgeltlich bzw. gegen Spendenquittung wahrzunehmen, ansonsten trägt der Versöhnungsbund die Kosten von bis zu drei Mediationen.

3. Erst wenn diese Gespräche mit einem Mediator oder einer Mediatorin nicht zum Erfolg führen, befasst sich der Vorstand mit dem Fall. Dabei tragen die Betroffenen vor. Sie können sich von einem Menschen ihres Vertrauens begleiten lassen. Diese und die Betroffenen sind bei der abschließenden Beratung und Schlichtung nicht anwesend. Die dann anwesenden Mitglieder des Vorstandes treffen einen Schlichtungsspruch nach Konsensverfahren. Dieser ist gültig. Der Weg in die Mitgliederversammlung steht selbstverständlich jederzeit offen.

Aussetzung der Wehrpflicht

von Ullrich Hahn

Anfang Januar 2011 sind vorläufig zum letzten Mal offiziell 12.150 Rekruten zur Grundausbildung eingezogen worden. Dies war äußerlich motiviert durch gewisse Sparzwänge bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2011. Eine andere Frage ist, wie weit dies als richtiger Schritt auf dem Weg zum Frieden angesehen werden kann. Ullrich Hahn, Präsident des deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes, hat dazu die folgende Thesenreihe erarbeitet.

1. Aus dem Blickwinkel des Gewaltverzichts ist die Aussetzung der Wehrpflicht ein richtiger aber noch kein hinreichender Schritt – richtig insofern, als damit die vom Staat auferlegte Pflicht beendet wird, auch gegen den eigenen Willen Militärdienst zu leisten und damit vorbereitet und bereit zu sein, Menschen im Krieg zu verletzen und zu töten.

2. Dieser Schritt ist andererseits nicht hinreichend, da er das Militär nicht abschafft, sondern lediglich auf eine andere personelle Grundlage stellt. Das Töten von Menschen im Krieg bleibt aber ein Unrecht, auch wenn es „nur“ noch von Menschen ausgeführt wird, die sich freiwillig für ein solches Tun zur Verfügung stellen.

3. Die Aussetzung der Wehrpflicht ist deshalb noch kein friedenspolitischer Fortschritt, wohl aber ein Schritt in Richtung größerer menschlicher Freiheit: nicht mehr gezwungen

zu sein, sich am Unrecht des Militärs direkt zu beteiligen.

4. Die mögliche Nützlichkeit des Zivildienstes der anerkannten Kriegsdienstverweigerer spricht nicht gegen die Aussetzung der Wehrpflicht. Zum einen wurde der Zivildienst in rechtlicher Hinsicht lediglich als Ersatz für den primär zu leistenden Wehrdienst eingeführt und ausgestaltet, Art.12 a Abs.II GG.

Wo das zu Ersetzende wegfällt, hat auch der Ersatz ausgedient.

Zu Recht wurde auch von vielen Kriegsdienstverweigerern in der Anerkennung des Ersatzdienstes gleichzeitig die damit verbundene Anerkennung des Wehrdienstes gesehen und als Missachtung der eigenen Gewissensentscheidung erlebt.

5. Es steht außerdem jeder Mann und jeder Frau, gleich welchen Alters, frei, zivile Dienst für die Gemeinschaft zu leisten, sei es in einem sozial sinnvollen Beruf oder auch in einem vorübergehenden Freiwilligendienst. Eines Zwanges hierzu bedarf es nicht.

Mehr Menschen sind bereit, solche sozial notwendigen Dienste zu leisten, als Stellen im Freiwilligendienst und Beruf angeboten werden.

6. Die Wehrpflicht war und ist auch weder ein „legitimes Kind der Demokratie“ (so



Theodor Heuss 1948) noch hat sie etwas mit Wehrgerechtigkeit zu tun.

Sie hat die von Deutschland geführten Angriffskriege des 19. und 20. Jahrhunderts (vom deutsch-französischen Krieg 1870 bis zum Krieg gegen Serbien 1999) weder verordnet, sondern war im Gegenteil ein Instrument, um die Gesellschaft an das Militär als einer selbstverständlichen Einrichtung zu gewöhnen.

Die Eigendynamik des Militärs mit ihren Gewaltmitteln und den Prinzipien von Befehl und Gehorsam hat sich bisher immer noch gegen den „Vorrang des Zivilen“ durchgesetzt.

Die Demokratie täte gut daran, das Militär nicht demokratisieren zu wollen, sondern es abzuschaffen.

7. Die Rede von einer „Wehrgerechtigkeit“, die mit der Wehrpflicht verbunden sein sollte, missbraucht den Begriff der Gerechtigkeit. Ein Unrecht wird nicht dadurch gerecht, indem sich alle oder viele daran beteiligen.

Gemessen an den Bedürfnissen von Mensch und Natur ist jedes Militär schon wegen seiner Kosten ungerecht, ganz zu schweigen von seinem Zerstörungspotential.

8. Auch nach der Aussetzung der Wehrpflicht werden wir uns daran erinnern müssen, dass wir als Steuerzahler und Wahlbürger mitverantwortlich bleiben für die Existenz der Bundeswehr.

Mit dem Zwang der Wehrpflicht ist uns zwar vordergründig eine Last abgenommen. Dies befreit uns aber nicht von der moralischen Verpflichtung, uns weiter für die restlose Abwicklung der Bundeswehr einzusetzen.

Wo wir uns bisher dagegen wehren mussten, geholt zu werden, bedarf es jetzt um so größerer Eigeninitiative, dem Räderwerk des Militärs in die Speichen zu greifen.



Rekrutenvereidigung in Siegburg, 3.1.2011

Einführungsrede des neuen IFOR-Präsidenten Hansueli Gerber

Am 18. November 2010 hielt Hansueli Gerber, der neue Präsident des Internationalen Versöhnungsbundes (IFOR) in Baarlo (NL) seine Einführungsrede; wir können sie hier aus Platzgründen leider nur in Auszügen abdrucken. Die Übersetzung besorgte Marion Schreiber (VB Österreich).

Liebe, Gewaltfreiheit und Frieden, Gewalt und Konflikt

Gewaltfreiheit ist eine Kraft, die zur Liebe gehört. Gewaltfreiheit befindet sich innerhalb der Liebe, ist ein Teil von ihr. Liebe umschließt die Gewaltfreiheit. Wer Gewalt ausübt gegen jemanden, den er oder sie liebt, verrät in diesem Moment die Liebe. – Gewalt ist, wie Angst, außerhalb der Liebe. Liebe ist nicht in erster Linie etwas Sentimentales, sie bezieht sich auf Anerkennung, Respekt und Zärtlichkeit. Liebe bildet den Kern jeder Religion und jeder religiösen Bestrebung. Dort, wo das nicht so ist, wird Religion schnell instrumentalisiert und missbraucht zur Rechtfertigung von Gewalt.

Das Gegenteil von Gewalt ist nicht Frieden, sondern Zärtlichkeit. Ebenso ist das Gegenteil von Frieden nicht Konflikt. Frieden ist vielmehr die Frucht von Gewaltfreiheit und Zärtlichkeit.

Die Vermischung von Konflikt und Gewalt, wie sie sich in den Medien, religiösen Kreisen und auch in der Friedensbewegung findet, ist der Sache sehr wenig dienlich. Allgemein sieht man Gewalt als die Folge eines Konflikts an. Ein Konflikt kann zwar in Gewalt ausarten. Aber meist hat Gewalt ihre Wurzeln in anderen Faktoren: in Gier, in der Suche nach Macht und Profit, Unterhaltung und Vergnügen, oder aber in Langeweile und Dummheit. Konflikt ist eher etwas Natürliches und in seiner Essenz Neutrales - und damit vielmehr das Gegenteil als die Ursache von Gewalt.

Während die Friedensbewegung schon sehr alt ist, ist Gewalt im Sinne von kollektiver Unordnung/Krankheit erst seit meiner Generation Gegenstand der Erforschung. Unsere Gesellschaft, wir inbegriffen, arbeiten noch immer mit denselben überholten Sichtweisen, was die Bedeutung von Gewalt und ihrer Mechanismen betrifft. Gewalt verhindert die Auseinandersetzung mit einem Konflikt und verhindert, dass er konstruktiv gesehen werden kann. Deshalb müssen wir nicht nur Gewaltfreiheit durch Frieden und Gerechtigkeit suchen, sondern wir müssen auf ganz praktische Weise der Gewalt vorbeugen und sie verhindern.



Das neugewählte ICOM – Internationale Committee: Hansueli Gerber, Präsident (Schweiz), Jean-Pierre Massamba (Republik Kongo), Lilian Baxter (USA), Iitaka Kyoko (Japan), Davorika Lovrekovic, Vizepräsidentin (Deutschland), David Mumford, Schatzmeister (Schottland), Lucas Johnson (USA).

Und zuletzt: Pazifismus hat eine große Geschichte und es ist daher nicht grundlos, dass Könige, Herrscher, Regierungen und Institutionen sich vor ihm fürchten. Heutzutage jedoch haben sie wenig Grund sich zu fürchten, weil die gewaltfreie Bewegung kaum spürbar ist. Sie ist da, sie existiert, aber sie ist zersplittert und zerstreut und weigert sich, sich wirksam zu vernetzen und koordiniert zu werden. Die Welt erinnert sich gut an Gandhi und King und andere, aber sie erinnert sich nicht mehr, von welcher Relevanz und welcher Herausforderung ihre Überzeugung und Praxis war. Ich glaube jedoch, dass die Zeit für die Gewaltfreiheit gekommen ist, nicht weil wir dazu fähig sind („we can“), sondern weil sie die Zukunft ist und die Menschen das mehr und mehr erkennen.

Der Versöhnungsbund – IFOR

Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit wurde Gewalt öffentlich so angeprangert und verurteilt wie in unserer Zeit. Nie zuvor in der Geschichte der Welt wurde den Opfern so viel Stimme gegeben wie in unseren Tagen. Lasst uns diese entscheidende, gefährliche, aber auch unglaublich hoffnungsträchtige Zeit nutzen, um die Gewaltfreiheit voran zu bringen.

Der Versöhnungsbund wurzelt in Spiritua-

lität und wir, seine Mitglieder, glauben an die Kraft der aktiven Gewaltfreiheit und arbeiten an ihrer Umsetzung. In all dem sind wir, wer wir als menschliche Wesen sind: Unvollkommene, manchmal von Angst getragene und oft verwirrte Menschen, die geliebt werden wollen.

Damit wir es klar sehen: Gewaltfreiheit und Frieden sind nicht unser Besitz und noch weniger die Liebe – es ist vielmehr so, dass Liebe, Frieden und Gewaltfreiheit uns ergriffen haben, sie wollen, dass wir zu ihnen gehören. So wie einige Christen das Gefühl haben, sie besitzen die Wahrheit oder Jesus oder die Bibel, so sind Pazifisten in Gefahr anzunehmen, dass sie auf Gewaltfreiheit ein Monopol haben und die Menschen fern dieser Bewegung für verlorene Seelen und für nutzlos halten. Ich glaube, dass Demut für Pazifisten angesagt ist und dass es unter den Nicht-Pazifisten sehr viel gewaltfreies und liebevolles Tun gibt. Unsere Aufgabe ist es, das Licht in anderen Menschen, wer immer es sein mag, zu entdecken und zum Leuchten zu bringen.

Das ist der Grund, warum ich mit uns weniger tolerant bin, wenn es darum geht, wie wir unsere institutionellen und organisatorischen Spiele spielen. Genau deswegen, weil wir den Anspruch auf Gewaltfreiheit als das Unsere erheben, müssen wir absoluten Respekt,

Transparenz und Fairness von uns verlangen und auch ausüben, in der Weise wie wir agieren und zusammenarbeiten. Wir müssen Platz machen für Spannungen und Konflikte und sie ernst nehmen, aber nicht zuerst. Oft könnten wir Konflikte und Kränkungen verhindern durch Achtsamkeit, Feinfühligkeit und Zuhören, aber auch durch Loslassen.

Der Versöhnungsbund hat ein großes Vermächtnis, er beruft sich auf große Persönlichkeiten als Mitglieder und Vorbilder, und seine Botschaft und seine Vision ist großartig, prophetisch, gewagt und riskant wie je. Daher verdient der Versöhnungsbund und das, wofür er steht, mehr Sichtbarkeit und mehr Profil in

unserer Gesellschaft. ...

Wir diskutierten in den letzten Tagen ausführlich über die Gemeinschaft- Netzwerk-NGO Natur von IFOR. Klar ist, der Versöhnungsbund ist eine globale Körperschaft und zeigt in manchem die Merkmale einer internationalen Organisation. Wie das aber leider so ist, internationalen Organisationen fehlt Effektivität und sie leiden unter institutioneller Dysfunktion. Auch als pazifistische Gruppe entgehen wir diesen Übeln nicht.

Ich sehe den Bedarf, dass die gegenwärtige gemeinschaftliche Kultur im Versöhnungsbund vorsichtig durchdacht werden muss. Das ist

vor allem wichtig wegen der Verschiebung nach Süden, aber auch wegen einer Art von Gewohnheit, die ich innerhalb IFOR glaube beobachten zu können. Wann immer Lücke oder Unklarheit auftritt, gibt es die Tendenz, schnell eine neue Regel zu kreieren oder eine Erweiterung des institutionellen Apparats. Dabei werden die gesamte Komplexität und die dadurch längerfristig betroffenen Themenbereiche zu wenig bedacht. Bei einem intensiven Beisammensein, weggeschlossen von unserer täglichen Wirklichkeit, können wir uns leicht verlieren in Wunschdenken und unrealistischen Forderungen. Deshalb ist es wichtig, nicht voreilig Folgerungen zu ziehen und sich auf Lösungen zu stürzen. ...

Besucht unsere neue Homepage

Unsere Webseite ist neu gestaltet worden. Dadurch ist sie noch aktueller geworden, denn das Einstellen von Berichten und Neuigkeiten geht jetzt einfacher. Die einzelnen Kommissionen können in Eigenregie über ihre Arbeit aktuell berichten.

In dem neu eingeführten geschlossenen Mitgliederbereich, bei dem man sich anmelden

muss und nur als Mitglied mit einem eigenen Passwort Zutritt hat, findet man verbandsinterne Nachrichten, wie z.B. Berichte von der Vorstandsarbeit, oder interne Klärungsdiskussionen.

Über alle neuen Beiträge kann man sich über den rss newsfeed informiert halten.

Ihre und Eure Beiträge für die Homepage hält diese weiterhin lesenswert.

Wir danken unserem Webmaster Hanno Paul. Zusammen mit Oskar Hahn und Tobias Lohse haben sie in wochenlanger Arbeit den Neustart der Seite ermöglicht.

Davorka Lovrekovic für den Vorstand

Ostermontag, 25. April 2011: Ostermarsch Büchel

Atomkraft – ein Bombenrisiko!

Beginn: 14:00 Uhr Gewerbegebiet Büchel,

Bringt Trommeln, Pfeifen, viele Banner, Großpuppen und Optimismus mit!

Abschlusskundgebung gegen 15:30 Uhr in der Nähe des Haupttores am Fliegerhorst

- Liedermacher Jan Henin, Texte von Gisela Spix
- Redebeiträge zum Uranabbau in Indien
- 25 Jahre Tschernobyl (Dr. Hildegard Slabik-Münter, IPPNW)
- Klage gegen die Bundesregierung auf Abzug der Atomwaffen (Elke Koller),
- Brennpunkt Nahost (Clemens Ronnefeldt)
- Perspektiven durch erneuerbare Energien (Richard Pestemer)
- Moderation und Schlusswort: Pfarrer Dr. Matthias Engelke (Internationaler Versöhnungsbund)



Olivenernte in Palästina

Ein Reisebericht von Anke Lützw

Im Oktober 2010 ist Anke Lützw aus dem Schwarzwald – vielen von uns bekannt von den Jahrestagungen und den Käsespenden vom Untermühlbachhof (vgl. den Bericht ihres Mannes Hans Hartwig in unserer letzten Ausgabe) – als freiwillige Helferin bei der Olivenernte bei Kufr Kadum, unweit der israelischen Siedlung Quedumin in der Nähe von Nablus im Westjordanland, im Einsatz gewesen. Wie kommt es, dass eine Milchbäuerin aus dem Schwarzwald zur Olivenernte nach Palästina fährt?

Das Thema Israel/Palästina beschäftigte mich schon länger. Auf jeder Jahrestagung des VB sitze ich in der Arbeitsgruppe und überlege hinterher, wie ich denn konkret etwas zur Lösung der schier ausweglosen Situation beitragen kann. Dann bekam ich im Frühjahr 2010 den Flyer vom österreichischen VB und IWPS in die Hände. Es wurden Leute für eine konkrete Olivenernteaktion im Oktober 2010 gesucht.

Der IWPS (Internationaler Frauen-Friedens-Dienst) hat sich 2002 im Westjordanland gegründet, um Menschenrechtsverletzungen vor Ort zu dokumentieren und konkrete Hilfe zu leisten: zum Beispiel eben palästinensischen Familien bei der Abernte ihrer Olivenbäume zu helfen, die in Sichtweite der israelischen Sied-

lungen sind.

Das war dann genau das Richtige für mich, nach dem im Vergleich friedlichen Einbringen unserer Getreide- und Kartoffelernte daheim bei einer Ernte dabei zu sein, bei der wir ständigen Bedrohungen ausgesetzt sein würden.

Auf einem Vorbereitungsseminar in Linz im August 2010 erhielten wir ausführliche Informationen über die aktuelle Lage vor Ort und übten in Rollenspielen viele Konflikte mit israelischen Siedlern oder Militär und Polizei durch, in die wir eventuell bei der Ernte geraten könnten.

Am 8. Oktober war es dann soweit, vier Österreicherinnen, zwei Französinen, eine Schweizerin und ich trafen uns in Jerusalem mit einer Frau, die schon länger mit IWPS arbeitet, um gemeinsam mit einem Sammeltaxi über den Checkpoint in „unser“ Dorf zu fahren. Vorher hatten wir einen Tag lang uns in der Altstadt Jerusalems die verschiedenen aufeinander treffenden Kulturen und Religionen angeschaut. Am meisten beeindruckt hat mich der Ruf des Muezzins morgens früh um 5 Uhr, der uns im Zimmer des armenischen Hospizes weckte, das direkt an der Via Dolorosa liegt, und die anscheinend friedliche Mischung aus singenden Touristengruppen,



orthodoxen Juden, Christen und Muslimen.

Das Dorf Kufr Kadum liegt unweit der israelischen Siedlung Quedumin in der Nähe von Nablus im Westjordanland. Wir bezogen dort einen Raum im Rathaus und wurden vom Zweiten Bürgermeister empfangen.

Schon am nächsten Morgen ging es los, immer zu zweit wurden wir von verschiedenen Familien mit zum Pflücken genommen. Die Anwesenheit von uns Internationalen sollte die Familien beim Pflücken direkt neben der Siedlung vor Übergriffen durch Soldaten oder Siedler beschützen.



Olivenernte direkt unterhalb der Siedlung Quedumin, am rechten Bildrand israelische Soldaten, die die Siedlung und die erntenden Familien während der erlaubten Erntezeit vor Übergriffen der Siedler schützen sollen.



Ausgiebiges Picnic mit der ganzen Familie im Schatten eines Olivenbaumes mit Fladenbrot, Käse, Joghurt, Wurst, Fisch, Tomaten, alles mit Olivenöl.

Die Zonen direkt um die Siedlungen sind besondere Gebiete, in denen die jeweiligen Familien nur zu bestimmten Zeiten pflücken dürfen. Tun sie es trotzdem früher, etwa weil sie in der zur Verfügung gestellten Zeit die Oliven nicht alle geerntet bekommen, so werden sie oftmals vom Militär vertrieben. Das ist uns öfter passiert. Die Olivenhaine im Bereich der Siedlungen sind oft nicht so gut gepflegt, da die Bauern nur zur Erntezeit kommen dürfen

Spannung und Angst

Direkte Konfrontationen mit Siedlern gab es in unserem Zeitraum von zwei Wochen nicht. Aber die Spannung und oftmals Angst war immer wieder zu spüren. Häufiger kommt es vor, dass Olivenbäume schon von Siedlern abgeerntet wurden, oder gar Bäume gefällt oder abgebrannt wurden. Trotzdem waren die langen Erntetage bei oft großer Hitze in den so

gastfreundlichen Großfamilien ein tiefgehendes Erlebnis. Abends wurden dann die gefüllten Säcke per Traktor, Auto oder Esel, manchmal auch auf dem eigenen Rücken zur Ölmühle im Ort gebracht. Nur die Frauen sammelten auch die besten Oliven zum Einlegen ein. Danach wurden wir oft noch zum Essen bei den jeweiligen Familien eingeladen.

Formen gewaltfreien Widerstandes

Die Verständigung war schwierig, mein VHS-Arabischkurs hat mir nur wenig geholfen, manche konnten etwas englisch. Ich erlebte die Menschen, Männer wie Frauen, im Dorf als solche, die in Frieden leben wollen, aber im normalen Alltag ständig an Grenzen stoßen, die durch die überall gegenwärtige Besatzungsmacht und die sich vergrößernden Siedlungen gegeben sind. Trotz der ständigen Schikanen und lang anhaltenden schwierigen Verhältnisse gibt es viele Formen gewaltfreien Widerstandes.

Wieder zurück im Schwarzwald mit vielen Eindrücken, Hunderten von Fotos und Original-Oliven und Olivenöl aus unserem Dorf erlebte ich unsere Probleme hier als minimal im Vergleich zu dem, was ich erlebt hatte. Das hilft mir, hier den Alltag zu meistern und mich um Wichtigeres zu kümmern.

So kann ich jedem und jeder nur empfehlen in dieser Art dieses tolle Land und die wunderbaren Menschen kennen zu lernen. Es lässt einen nicht mehr los.

Für weitere Informationen: www.iwps.info



Ägypten

Eine gewaltfreie Revolution verändert eine ganze Region

von Clemens Ronnefeldt

Wer hätte das für möglich gehalten?

Erst in Tunesien, wenig später in Ägypten gelingt es einer Volksbewegung, ‚ausgediente‘ Autokraten zur Aufgabe zu veranlassen. Diese Ereignisse sind gelegentlich schon mit den osteuropäischen Ereignissen von 1989 verglichen worden. Noch gibt es keine abschließenden Resultate (falls es sie überhaupt je gibt). Besonders interessant erscheint in diesem Zusammenhang vor allem die Frage der Rückwirkungen auf Israel-Palästina und die gesamte Region.

Terroranschlag auf koptische Christen - vom ägyptischen Innenminister organisiert?

Am Neujahrstag 2011 wurden in der ägyptischen Hafenstadt Alexandria bei einem Terroranschlag gegen eine vollbesetzte koptische Kirche 21 Menschen getötet und 70 verletzt. Hosni Mubarak machte „ausländische Kräfte“ für die Tat verantwortlich, die Süddeutsche Zeitung schrieb:

„Die Täter wollten Ägypten destabilisieren,

sagte Mubarak, der sich nach 30 Jahren Regentschaft in diesem Jahr erneut der Wiederwahl stellen will“ (SZ, 3.1.2011).

Besonders eilig hatte es der ägyptische Innenminister mit der Schuldzuschreibung: „Das ägyptische Innenministerium hat eine im Gazastreifen ansässige Extremistengruppe für den tödlichen Anschlag auf Christen in Alexandria verantwortlich gemacht. Es gebe „überzeugendes Beweismaterial“, wonach die der Al Qaida nahestehende Gruppierung Armee des Islams für die Planung und Ausführung des Angriffs verantwortlich sei, erklärte Innenminister Habib el Adli (1).

Bis zur Abfassung dieses Artikels brachte als einziges deutschsprachiges Presseorgan der Internet-Dienst der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Licht ins Dunkel dieses Anschlages:

„Der Nachrichtensender Al Arabija berichtete unterdessen, die ägyptische Oberstaatsanwaltschaft habe ein Verfahren gegen den früheren Innenminister Habib Adli eingeleitet. Seine Rolle bei dem Terroranschlag auf eine koptische Kirche in der Neujahrnacht in Alexandria solle untersucht werden. Der Anwalt Ramzi Mam-



douh hatte eine Klage eingereicht, in der es hieß, Adli habe als Innenminister den Anschlag selbst angeordnet, um mehr Unterstützung für den Kampf gegen den islamistischen Terrorismus zu bekommen. (...) Die Untersuchung prüft den Gehalt britischer Geheimdienstberichte, wonach Adli ein Netzwerk von Islamisten und Drogenhändlern aufgebaut habe, um Sabotageakte durchzuführen“ (2).

Sollte Adli für den Terroranschlag verantwortlich sein, würde dies rückblickend noch einmal deutlich machen, wie sehr das Regime Mubarak sich bereits zu Beginn des Jahres 2011 in Bedrängnis gesehen hat.

Eine neue arabisch-islamische Kraft der Gewaltfreiheit

Das in westlichen Staaten weit verbreitete



Soldaten schützen den Fernsehsender



Demonstrierender Vater mit seinen Kindern auf dem Tahrir-Platz

Vorurteil, arabische oder generell islamische Staaten seien nicht oder kaum demokratiefähig, wird nach den Erfahrungen in Tunesien und Ägypten nun hoffentlich revidiert.

Der Tahrir-Platz von Kairo zeigte einen demokratischen Reifegrad und eine Fähigkeit der Selbstorganisation des ägyptischen Volkes, die allergrößte Wertschätzung verdienen. Über zweieinhalb Wochen fanden auf mehreren Bühnen gleichzeitig politische Kundgebungen statt, zu denen berufliche Gruppen wie ProfessorInnen, ÄrztInnen oder Delegierte aus den Provinzen aufgerufen hatten. RednerInnen konnten sich in Listen eintragen und zu den Versammelten sprechen. Frauen kämpften gleichberechtigt mit Männern für Demokratie, was für die Genderfrage in Ägypten vermutlich noch länger positiv nachwirken wird. Verpflegung, Toiletten und selbst Handy-Ladestationen wurden von Menschen für die Demonstrierenden bereit gestellt, die auch nach brutalsten Attacken der Polizei besonnen blieben.

Entscheidend für den Rücktritt Mubaraks dürfte gewesen sein, dass sich die ihm ergebenen Polizisten, die zunächst noch auf die Reformbewegung einschlugen und zahlreiche Menschen töteten, unter dem Druck des Militärs zurückzogen. Das Militär, das seit Napoleons Zeiten noch nie auf die eigene Bevölkerung geschossen hat und daher hohes Ansehen genießt, war zeitweise in sich gespalten. Während führende Generäle zu Mubarak hielten und Sorge um den Verlust ihrer Privilegien hatten, stellten sich die jüngeren Offiziere immer

stärker auf die Seite der Demokratiebewegung und setzten sich letztendlich durch.

Der Übergang zur Demokratie ist noch nicht geschafft

Die neue Militärregierung hat wesentliche Forderungen der Demonstrierenden erfüllt: Die Verfassung wurde aufgehoben, freie Wahlen innerhalb von sechs Monaten zugesichert. Nicht erfüllt wurde die Forderung nach Aufhebung der Notstandsgesetzgebung sowie nach der Freilassung politischer Gefangener. Da die alte Regierung verwaltend - allerdings ohne Machtbefugnisse - im Amt geblieben ist, steht der tatsächliche Wandel zur Überwindung der



Demonstranten und Soldaten beten...

Militärdiktatur noch aus.

Viel wird davon abhängen, ob der Militärrat unter Leitung von Verteidigungsminister Tantawi in Kürze eine Übergangsregierung bilden wird, der auch oppositionelle oder zumindest dem alten Regime fernstehende Politiker angehören - einschließlich Vertretern der Muslim-Bruderschaft. Belässt der Militärrat das Kabinett von Premier Ahmed Shafik ohne größere Änderungen im Amt, wird sich der Tahrirplatz schnell wieder füllen.

Die Demonstrierenden haben angekündigt, weitere Großdemonstrationen einmal pro Woche organisieren zu wollen, um den Druck hoch zu halten, tatsächliche Reformschritte umzusetzen.

Tunesien und Ägypten haben Auswirkungen in der gesamten Region

In Algerien steht Präsident Bouteflika unter großem Druck und musste die Aufhebung des seit 19 Jahre anhaltenden Ausnahmezustandes ankündigen. In Bahrain, wo die schiitische Mehrheit von Sunniten unterdrückt wird, haben Oppositionelle zu einem „Tag des Zorns“ aufgerufen. In Jordanien bildete der ebenfalls unter Druck stehende König eine neue Regierung, in Jemen sagte der bisherige Potentat zu, nicht seinen Sohn als Nachfolger durchsetzen zu wollen. In Iran gehen wieder verstärkt Anhänger von Oppositionsführer Mussawi auf die Straße. Auch in Syrien steht das Assad-Regime unter Druck.

In der Westbank erklärte der bisherige Premierminister Fajad den Rücktritt der gesamten Regierung. Präsident Abbas beauftragte ihn mit der Bildung einer neuen Regierung, Neuwahlen sollen schneller als ursprünglich geplant stattfinden. Während die Fatah in die Defensive geraten ist, ging die Hamas aus dem

Rücktritt Mubaraks gestärkt hervor.

Die israelische Regierung setzte bis zuletzt alle Hebel in Bewegung, die US-Regierung und auch die europäischen Staaten davon zu überzeugen, Mubarak im Amt zu halten. Künftig wird Israel vermutlich noch mehr Geld für Rüstung und Sicherheit ausgeben, da ein jahrzehntelanger verbündeter Nachbar davon gejagt wurde und Israel sich nun für einen „Mehrfrentenkrieg“ vorbereitet, wie Generalstabschef Aschkenasi sagte.

Für Aufmerksamkeit in Israel sorgte ein Artikel der New York Times des israelfreundlichen Kolumnisten Thomas Friedman, der schrieb: „Netanjahu läuft Gefahr, der Mubarak des Friedensprozesses zu werden“ (3). Friedman verwies auf die wachsende Ungeduld in Washington darüber, dass Israel nicht mit den Palästinensern verhandelt, obwohl es in Ramallah einen verantwortungsvollen Partner gebe.

Die US-Regierung wie auch die europäischen Staatsführungen hielten solange zum ägyptischen Diktator, bis ihnen nichts mehr anderes übrig blieb, als ihn fallen zu lassen. Für die Obama-Administration brachte die Revolution die Erkenntnis, auf den Sturz eines langjährigen Verbündeten keinerlei Einfluss gehabt zu haben und zunehmend Macht in der Region zu verlieren.

Vorläufiges Fazit

Während in Irak und Afghanistan die angeblichen Versuche westlicher Staaten, demokratische Systeme zu installieren, bisher von außen kommend gescheitert sind, nimmt inzwischen in zahlreichen arabischen Staaten eine junge



Zivil gekleidete Polizei verteilt Schlagstöcke zum Einsatz gegen Demonstranten

demokratisch gesinnte Bevölkerungsmehrheit von innen her ihr Schicksal zunehmend selbst in die Hand. Dies ist ein Grund zur Hoffnung.

Noch immer werden zahlreiche diktatorisch regierte Länder der Region wie z.B. Saudi Arabien von westlichen Staaten mit Waffen und Geldströmen unterstützt, wodurch die Durchsetzung von Demokratie, Menschenrechten, Meinungs- und Pressefreiheit für die jeweiligen Zivilgesellschaften erschwert bis unmöglich gemacht wird.

Dies ist ein Grund zur Empörung und eine Anfrage an uns: Was sind wir bereit zu riskieren, um diese Missstände bei uns abzustellen?

(1) www.rp-online.de/panorama/ausland/Extremistengruppe-hinter-Attentat-vermutet_aid_

955905.html

(2) <http://www.faz.net/s/Rub87AD10DD0AE246EF840F23C9CBCBED2C/>

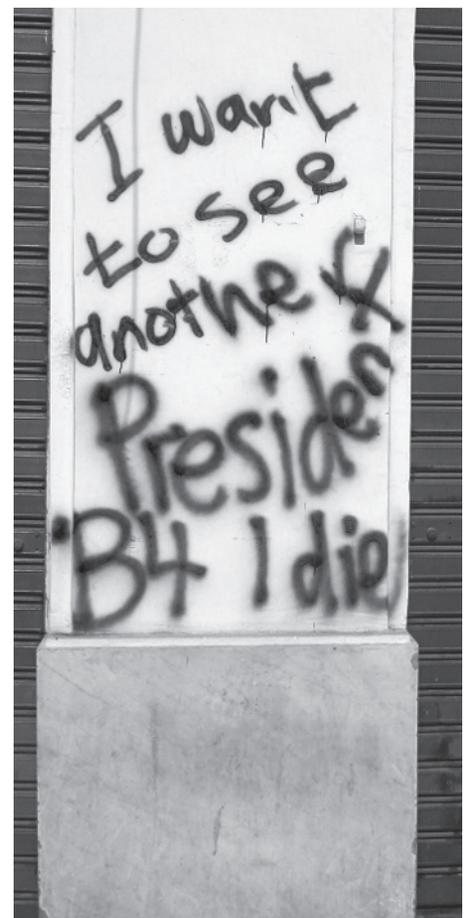
[DocEA6795EB1F1B04206AD13CBB7D28E6EC6ATplEcommonScontent.html](http://www.faz.net/DocEA6795EB1F1B04206AD13CBB7D28E6EC6ATplEcommonScontent.html)

(3) http://watchingamerica.com/News/88468/israel-fears-another-front/?SHOW_ORIGINAL_TEXT

Ägypten-Fotos von Magdi Gohari, München.



Jubelnde Menge nach dem Rücktritt von Mubarak



Graffiti

Gewalt beenden durch Modelle

von Silvie Bossert

Vom 31. Oktober bis zum 9. November fand in Bogotá eine Grace-Pilgerreise statt: Etwa 70 Menschen aus der Friedensgemeinschaft San José de Apartadó (SJA) sind mit ca. 50 Personen des Internationalen Versöhnungsbundes (Österr.Zweig) unter der Leitung von Sabine Lichtenfels und Padre Javier Giraldo durch die Hauptstadt Kolumbiens gepilgert. Ziel war, die Friedensgemeinde so bekannt zu machen, dass sie nicht mehr so leicht und von der Öffentlichkeit unbemerkt verfolgt werden kann und darüber hinaus die Bedeutung solcher Friedensmodelle in der heutigen Zeit sichtbar zu machen.

Situation in Kolumbien

In Kolumbien gehören Bedrohung, Mord, Verreibung und Landraub zur Tagesordnung. Da in die Kämpfe zwischen Guerilla und Paramilitär unzählige Politiker, Wirtschaft, Polizei und Militär involviert sind, werden die Verbrechen meistens nicht aufgeklärt. Hinter dem Konflikt stehen Drogenhandel, wirtschaftliche Interessen an Bodenschätzen und eine Agrarpolitik, die auf in Europa und in den USA gewünschte Exportgüter wie Palmöl, Schnittblumen oder Bananen setzt und für die die Kleinbauern ein Dorn im Auge sind.

Landesweit wurden Millionen von Menschen von ihrem Land vertrieben, 2,5 bis 4 Millionen leben als „interne Flüchtlinge“ in den Slums der Großstädte.

Die Friedensgemeinschaft SJA ist eine Gemeinschaft von Bauern, die sich entschlossen haben, ihr Land nicht zu verlassen, sondern eine Friedensgemeinschaft aufzubauen. 1997 haben sie sich zusammengeschlossen, um einen konsequent gewaltfreien Weg zu finden. Seither sind aus ihrer Mitte über 180 Menschen ermordet worden, vom Paramilitär, von der Guerilla, aber auch vom Militär. Nur ein oder zwei Fälle wurden strafrechtlich verfolgt.

Pilgerreise

Sabine Lichtenfels ist Mitgründerin des Friedensforschungszentrums Tamera in Portugal und leitet seit mehreren Jahren Pilgerreisen im Namen von Grace (in Israel-Palästina, Kolumbien, Portugal). Padre Javier Giraldo ist ein Jesuit, der sich mit viel Herz für die Menschenrechte in Kolumbien einsetzt und die Friedensgemeinschaft seit Beginn begleitet.



Wir tragen während der Dauer der Pilgerreise Plakate mit Fotos von Ermordeten von San José durch die Stadt. Immer wieder der Gedanke: Wenn die Menschen auf den Bildern aus unserer Gemeinschaft in Tamera wären? Wenn jeder achte von uns einfach nicht mehr da wäre?

Während der Pilgerreise lernen wir immer mehr Schicksale kennen. Ob Menschen in Slums und auf Müllplätzen, ob Kleinbauern oder Indigene: Alle teilen sie hier denselben Schmerz.

Kundgebung vor der Staatsanwaltschaft

Die Pilgerreise führt uns vor die Staatsanwaltschaft Kolumbiens, die verantwortlich ist



Kundgebung vor der Staatsanwaltschaft



Leiterin Sabine Lichtenfels mit Übersetzerin Meike Müller

für die Strafverfolgung von Verbrechen, und zu einem Gespräch mit einem Vertreter des Vizepräsidenten.

Auf einer GRACE-Pilgerreise geht es nicht darum, zu beschuldigen oder Partei zu ergreifen für eine bestimmte politische Gruppierung oder Ideologie, sondern unser Herz wieder zu öffnen für die eigentliche Verantwortung, die wir als Menschen für das Ganze haben.

In diesem Sinne rufen wir die Staatsanwaltschaft dazu auf, die Verbrechen an SJA aufzuklären und dadurch ein klares Zeichen für Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu setzen.

Immer wieder auf dieser Pilgerreise drückt Sabine Lichtenfels öffentlich unsere Solidarität mit der Friedensgemeinde aus und betont, wie sehr wir in Tamera ihre Arbeit kennen und schätzen, und dass wir wissen, dass sie nicht mit der Guerilla zusammen arbeiten. Denn dies ist einer der gängigen Vorwürfe, der die Gemeinschaft öffentlich als „Terroristen“ darstellt und somit frei gibt für Angriffe.

Sabine Lichtenfels betont auch, dass sich die ganze Menschheit, wenn wir überleben wollen, massiv ändern muss. Wir alle müssen wieder

lernen, in Vertrauen und Gewaltfreiheit miteinander zu leben. Sie macht deutlich, dass die Arbeit, die in den Friedensdörfern geschieht, heutzutage weltweit dringend gebraucht wird: Wir brauchen neue Systeme für Wasser, Ernährung und Energieversorgung. Und wir brauchen wieder das Wissen von Gemeinschaft.

Modell für den Frieden

Sie zeigt auf, welche Bedeutung die Friedensgemeinschaft für Kolumbien und ganz Südamerika haben könnte: Ein Modellort für ein Zusammenleben in Frieden, das zu einem internationalen Ausbildungsort für Friedenswissen wird.

Eduar Lanhero, ein Leiter der Friedensgemeinde spricht immer wieder darüber, wie wichtig der Aufbau von Gemeinschaft ist, denn dadurch können wir den Schmerz in Hoffnung verwandeln. Solange der Schmerz größer ist als die Hoffnung, wollen wir aus Rache reagieren und sind somit Teil des Krieges. Es wird deutlich, wie tief die Friedensarbeit ist, die diese Menschen tun: Alle kennen sie die totale Hoffnungslosigkeit durch den Verlust von Familienmitgliedern und Freunden, doch sie

haben sich dafür entschieden, nicht mit Rache zu reagieren, sondern ein Modell des Friedens aufzubauen. Eduar: „Hoffnung ist, wenn wir den Mörder nicht mehr hassen.“

Internationale Unterstützung

Damit der Schutz für die Friedensgemeinde wächst, braucht es internationale Unterstützung. Bereits seit mehreren Jahren ist der US-Amerikanische Versöhnungsbund (FOR-USA) mit Freiwilligen BegleiterInnen in San José de Apartadó präsent. Seit einem Jahr ist auch Marion Hiptmair aus dem Versöhnungsbund Österreich Teil ihres Teams. Sie war auf der Pilgerreise dabei und hat mit anderen Mitgliedern von FOR und den internationalen Friedensbrigaden PBI die Pilgerreise unterstützt und vor ihrem Beginn die Kommunikation mit der Polizei geführt, sodass wir frei von bewaffneten Begleitern unsere Anliegen in den Straßen kundtun konnten.

Gerade nach einer solch großen Aktion wie der Pilgerreise braucht es besonderen Schutz. Jetzt ist es wichtig, dass die Regierung merkt, dass die Friedenspilgerreise keine einmalige Aktion war, sondern, dass viele Menschen in Europa einen Blick darauf haben, was in Kolumbien mit der Friedensgemeinde geschieht. Deshalb fordern wir alle dazu auf, nun Briefe an den kolumbianischen Präsidenten zu schreiben, um die Aufklärung der Verbrechen und den Schutz der Friedensgemeinde zu fordern. Eine Vorlage ist auf www.tamera.org verfügbar.



Demonstration der Dorfbewohner mit symbolischen Särgen, die an die vielen Ermordeten erinnern. Foto: Martin Funk.

Schlachtrufe bei der Bundeswehr?

Bericht aus der Arbeit des Friedenspolitischen Stammtisches, Minden / von Ehrhardt Wichmann

Folgender Satz aus einem Zeitungsbericht im Mindener Tageblatt, November des vergangenen Jahres, erregte die Aufmerksamkeit, ja ungläubiges Verwundern der Mitglieder des Friedenspolitischen Stammtisches der Versöhnungsbundgruppe Minden: „Soldaten der dritten Kompanie...sind im Feldlager des nordafghanischen Kundus angetreten, um nach Char Darah auszurücken, dem gefährlichsten Distrikt...“Glück“, ruft Kompaniechef Michael L., „Ab!“ vervollständigen die Soldaten den Fallschirmjäger-Schlachtruf. Dann brüllt der Hauptmann: „Auge um Auge!“ Aus der Kompanie schallt es zurück: „Zahn um Zahn.“

Die Gruppe beschließt, den Verteidigungsminister zu einer Stellungnahme zu dem geschilderten Vorfall aufzufordern. Außerdem soll der Inhalt des geplanten Briefes auch als Leserbrief in der örtlichen Zeitung erscheinen. Das geschieht. In dem Brief an den Minister steht, nachdem der Sachverhalt geschildert ist, folgendes: Die Mitglieder des Friedenspolitischen Stammtisches Minden empfinden die Verabschiedung von Soldaten mit einem solchen Schlachtruf als schamlos. Es drängt sich der Eindruck auf, als rückten die Soldaten aus, um Rache zu nehmen. Sind die deutschen Soldaten in Afghanistan, um Rache zu nehmen?

„Auge um Auge, Zahn um Zahn“

Der Spruch, der in diesem Ritual verwandt wurde, stammt aus jüdisch-christlicher Tradition. Gerade jüdische Ausleger haben uns gelehrt, dass es bei ihm nicht um Rache, sondern um Wiedergutmachung geht: „Wenn dir einer ein Auge ausschlägt, darfst du den Gegenwert eines Auges verlangen“. In unserem Land, das die christliche Tradition immer noch hoch einschätzt, wissen wir, dass Jesus diesem alten Rechtssatz aus der Thora eine neue Bedeutung gegeben hat (Mt. 5,38ff).

Vor diesem Hintergrund ist solch ein Schlachtruf-Ritual in der Bundeswehr umso entsetzlicher. In der afghanischen Zivilgesellschaft scheint es eine Rechtsauffassung zu geben, die der jüdischen Auslegung dieses Bibelspruches nahe kommt: Die eigentlich fällige Rache für die Toten der schrecklichen Bombardierung der Tanklastzüge wurde durch Geldzahlungen abgelöst. Der Schlachtruf, über den im Zeitungsartikel berichtet wird, fällt hinter diese Rechtsauffassung weit zurück.

Wie will die Bundeswehr Frieden in Afghanistan sichern helfen, wenn sie zu Kampfeinsätzen mit solchen Ritualen ausrückt? Wir bit-

ten Sie, zu dem geschilderten Vorfall Stellung zu nehmen“.

Anfrage vom Chefredakteur des Reservistenmagazins

Zu dem Schreiben vom 18. November bekommen wir vierzehn Tage später eine Eingangsbestätigung. Danach geschieht erst mal lange nichts. Allerdings gibt es am 9. Dezember eine unerwartete Anfrage vom Chefredakteur des „loyal“ (Magazin der Reservisten der Bundeswehr). In einem Telefongespräch erklärt er, er habe aus dem Ministerium von unserem Brief erfahren. (so! – leakt es dort auch? - Anm. des Vf.). Dieser Brief habe in Kundus für erhebliche Unruhe und Unmut gesorgt, da die Soldaten ja ganz andere Dinge zu tun hätten, als sich mit solchen Anfragen des Ministers zu beschäftigen. Sie müssten ja Krieg führen!

Ich muss dem Chefredakteur erklären, was der Versöhnungsbund will und was wir vom Krieg als einer sehr altertümlichen Form der Konfliktbearbeitung halten. Als er nach den Beweggründen für die Anfrage an den Minister fragt, sage ich, dass mich seine Frage verwundere. Der Vorgang in Kundus müsse doch bei mündigen Staatsbürgern zu einer Nachfrage bei den Verantwortlichen führen. Es sei mehr verwunderlich, dass der Minister nicht hunderte von Anfragen erhalten habe. Er will eigentlich über die Angelegenheit im „loyal“ berichten, unterlässt es aber dann doch. Vielleicht will er seiner Klientel dieses Problem nicht zumuten?

Eine Pressemeldung vom 24.1. lässt uns aufmerken: Guttenberg beauftragte den Generalinspekteur der Bundeswehr mit einer Prüfung in allen Teilstreitkräften. Festgestellt werden soll, ob es „Anhaltspunkte für Rituale gibt, die den Grundsätzen der Bundeswehr widersprechen“, sagte der Minister. Hatte das vielleicht mit unserer Anfrage zu tun? Nach zwei Rückfragen beim Ministerium im Januar erhalten wir am 31. Januar endlich eine Antwort:

Sehr geehrter Herr Wichmann! Ihr Schreiben... hat bei den im Einsatz befindlichen Soldatinnen und Soldaten Enttäuschung hervorgerufen. An dem sehr schwierigen und gefährlichen Einsatz ... hatten Friedensaktivisten bis dato keinen wahrnehmbaren Anteil genommen, obwohl bereits ein Soldat der betreffenden Kompanie gefallen ist und mehrere zum Teil schwer verwundet wurden. Unsere Soldatinnen und Soldaten sind selbstverständlich auch im Einsatz an das geltende nationale und internationale Recht ... gebunden und richten die Auftrags-

erfüllung strikt danach aus. Eine Anwendung militärischer Gewalt zur Ausübung von Rache stünde klar erkennbar außerhalb des Rechtes und des Einsatzregelwerkes. Die von Ihnen geäußerte Annahme, in der Verwendung des „Schlachtrufes“ drücke sich eine Rechtsauffassung aus, halte ich daher nicht für gerechtfertigt. Nach meiner ...Überzeugung liegen den Soldatinnen und Soldaten Rachege Gedanken fern. Die von Ihnen angesprochene Thematik habe ich bei meinem jüngsten Besuch ...vor Ort besprochen. Um jedem weiteren Missverständnis vorzubeugen, wird der genannte „Schlachtruf“ nicht mehr verwendet.. Mit freundlichem Gruß Th. Kossendey

Was tut man mit solch einer Antwort? Können Politiker (Kossendey ist Parlamentarischer Staatssekretär) nicht einfach schreiben: „Danke für den Hinweis, das haben wir nicht gewusst. Wir gehen der Sache nach und stellen sie ab.“?

Anhaltspunkte für Rituale, die den Grundsätzen der Bundeswehr widersprechen

Wir entschließen uns schließlich zu folgender Antwort: Die Mitglieder des Friedenspolitischen Stammtisches empfinden Ihre Antwort als unbefriedigend. Trotzdem sind sie mit der Reaktion des Ministers einverstanden, dass in allen Teilstreitkräften festgestellt werden soll, ob es „Anhaltspunkte für Rituale gibt, die den Grundsätzen der Bundeswehr widersprechen“ (wörtliches Zitat aus Pressemeldungen). So etwas war das Ziel unseres Schreibens. Allerdings sollte die Diskussion über die Rituale nicht verdecken, dass die Anwesenheit deutscher Truppen in Afghanistan sehr problematisch ist. Aus dem letzten Satz Ihres Schreibens entnehmen wir, dass Sie einen Schlachtruf „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ an sich in Ordnung finden, aber Sorge haben, dass er missverstanden werden könne.

Diese Aussage enttäuscht; denn „Auge um Auge ...“, ist in einer solchen Situation unmissverständlich. Die Reaktion Ihres Ministers ist da eindeutiger. Auf Ihre Vorwürfe gegenüber Friedensaktivisten wollen wir nicht weiter eingehen. Es ist doch wohl klar, dass die Fürsorge und das Wohlwollen, das die Bevölkerung unseres Landes unseren Soldaten entgegenbringt, darin besteht, dass sie mehrheitlich der Meinung ist, die deutschen Truppen sollten aus Afghanistan abgezogen werden. Dieser Meinung sind auch Friedensaktivisten. - Mit freundlichem Gruß ...

Wir führen Krieg – Entrüstet euch!

von Leo Petersmann

Das war das Motto unseres großen Transparentes, mit dem wir am Volkstrauertag vor der Neuen Wache in Berlin unsere Alternative zum Krieg in Afghanistan in die Öffentlichkeit gebracht haben. Wir waren zu zweit, zum Glück vor- und nachmittags mit je einer freundlichen Ablösung. Sonst begleitete uns ein Eimer mit 50 bunten Transfair-Rosen, der einen Eindruck von der Schönheit und Vielfalt des Friedens vermitteln sollte.

Wegen des guten Wetters waren viele Leute unterwegs. Viele blieben stehen und lasen. Verschiedene äußerten Anerkennung mit Gesten oder Worten. Keine Kritik und einige intensive Gespräche. Ein junger Mann, anscheinend aus dem alternativen Spektrum: „Ich stimme jedem Wort zu, obwohl ich kein Pazifist bin.“ Eine Amerikanerin zeigt sich beeindruckt von der zivilen Protestkultur in Deutschland, von Bürgern, die sich in der Öffentlichkeit kritisch zu politischen Themen äußern, und ebenso von Gedenkorten, die auch die dunklen Seiten der Vergangenheit in Erinnerung rufen. Eine junge Frau: „Ich bin ganz einig mit Ihrem Text, aber ist die Auflösung der Bundeswehr denn realistisch?“ - Ja, was ist realistisch? Was die große Mehrheit will? Oder was dem Leben dient?

Nachmittags mussten wir umziehen, weil das

WIR FÜHREN KRIEG - ENTRÜSTET EUCH!

**Wir würdigen alle Frauen und Männer,
die im Krieg zur Erhaltung des Lebens beitragen.**

**Wir trauern um alle Zivilisten und Soldaten,
die getötet oder verletzt wurden.**

**Wir erschrecken vor allen, die getötet und verletzt haben,
die dazu bereit sind und dafür planen und produzieren.**

**Wir ehren alle, die verweigern zu töten,
die ihre Waffen niederlegen und dem Leben dienen.**

**Wir fordern: die Beteiligung am Krieg sofort beenden,
die Bundeswehr auflösen, den Wehretat umwidmen
für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.**

Gelände um die Neue Wache abgesperrt wurde für die Kranzniederlegung des Bundespräsidenten. Erschreckend: Dabei marschierten Soldaten mit Waffe im Stechschritt auf, und ein Soldat blies das Lied vom guten Kameraden. Dabei hatten wir zu unserer Freude gehört, die Erben der Pazifistin Käthe Kollwitz hätten die

Zustimmung zur Aufstellung ihrer Plastik in der Neuen Wache nur unter der Bedingung gegeben, dass dort kein Militär auftritt. Hm, was tun? Wir haben uns schriftlich an die Erben-Gemeinschaft gewandt, um uns für die Einhaltung ihrer eigenen Bedingung einzusetzen. Ob mit Erfolg, wissen wir noch nicht.

4. September

Sommeraktion 2011 der Lebenslaute am Kriegsflughafen Leipzig/Halle

Die diesjährige Sommeraktion der Lebenslaute wird am Sonntag, 4. September, am Flughafen Leipzig/Halle stattfinden. Hinter den Kulissen dient der scheinbar zivile Flughafen als Drehscheibe für den Transport von deutschen und US-amerikanischen SoldatInnen in Kriegsgebiete, insbesondere nach Afghanistan. Auch Militärgüter werden hier in reibungsloser zivil-militärischer Kooperation verfrachtet (s. www.flughafen-natofrei.de). Mit unserer Konzertaktion "piano und forte statt Kriegstransporte" (Arbeitstitel) stellen wir uns gegen jedweden Militarismus und werden das Tod bringende Profitstreben der Flughafenbetreiber, Kommunen und beteiligten Logistikunternehmen skandalisieren.

TERMINE: Probewochenende: 24.06.-26.06., Aktionstage: 31.08.-04.09. - Wir suchen wieder InstrumentalistInnen, SängerInnen, UnterstützerInnen!

Meldet Euch bei Interesse:
lebenslaute2011@riseup.net

Über Lebenslaute: Unter dem Namen LEBENSLAUTE engagieren sich seit 1986 bundesweit Musiker_innen, einmal jährlich in Chor- und Orchesterstärke (s. "Sommeraktionen" bei www.lebenslaute.net), dazwischen auch in kleineren Ensembles regional (s. „Regionalaktionen“ bei www.lebenslaute.net). Als offene Musik- und Aktionsgruppe bringen wir überwiegend klassische Musik gerade dort zum Klingen, wo dies nicht erwartet wird: auf Militärübungsplätzen und Abschiebeflughäfen, vor Atomfabriken und Raketendepots, in Ausländerbehörden und an anderen menschenbedrohenden Orten.

Bei der Wahl unserer Konzert-Orte lassen wir uns nicht durch herrschende Vorschriften einschränken. Im Gegenteil: LL-Aktionen suchen die politische Konfrontation durch angekündig-

ten und bewussten Gesetzesübertritt. Seriöse Konzertkleidung unterstreicht unser konzentriertes Auftreten. Wo es geht, versuchen wir, lokale Protestbewegungen zu stärken. Wir bereiten uns gemeinsam und intensiv auf unsere Konzert-Aktionen vor und handeln auch gemeinsam. Dabei bleibt es in der Verantwortung der Teilnehmenden, wie weitgehend sie sich einbringen. Wir entscheiden stets basisdemokratisch, die Bedürfnisse und Bedenken aller Teilnehmenden sollen berücksichtigt werden.

Betroffene möglicher rechtlicher Konsequenzen unterstützt das LL-Netzwerk gemeinsam mit anderen solidarisch. LEBENSLAUTE sind musikalische Laien und Profis, Instrumentalist_innen und Sänger_innen, nichtmusizierende Aktivist_innen (für Organisatorisches, Verpflegung, Kinderbetreuung) und Zuhörer_innen.

„Treue zum Evangelium und Bekenntnis zum Gott des Friedens“

Im Hintergrund westlicher Militäraktivitäten steht selbstverständlich eine Doktrin der ökonomischen Interessenssicherung – dies hatte Horst Köhler kurz vor seinem Rücktritt als Staatsoberhaupt erstaunlich offen und ungeschützt mitgeteilt.

Am 9. November folgte Minister zu Guttenberg mit noch deutlicheren Worten: Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands sollten aus seiner Sicht auch militärisch abgesichert werden. Der Zusammenhang von regionaler Sicherheit und deutschen Wirtschaftsinteressen müsse offen und ohne Verklemmung angesprochen werden... - darauf bezieht sich die folgende Ökumenische Erklärung von Christinnen und Christen aller Konfessionen zu Militärdoktrinen im Dienste nationaler Wirtschaftsinteressen

Die Gemeinschaft der Kirchen umfasst heute Christen, die einen „Friedensdienst mit Waffen“ für möglich halten, und christliche Pazifisten. Diese Gemeinschaft von Christen auf unterschiedlichen Wegen und in gegenseitigem Re-

spekt basiert auf dem ökumenischen Konsens, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein darf. Ohne diesen Konsens kann sie nicht bestehen.

Im dritten Jahrtausend werden nun in der so genannten „westlichen Welt“ immer offener nationale Wirtschaftsinteressen als Zielvorgaben in militärischen Planungen geltend gemacht und sogar dem zuarbeitende Verfassungsänderungen angestrebt. Verschiedene Militärdoktrinen nennen in diesem Zusammenhang unter anderem „freie Weltmärkte“, freie Handels- und Seewege, den Zugang zu Rohstoffen, eine gesicherte Versorgung mit Energie-Ressourcen, die Wahrung des nationalen Wohlstands und eine Abwehr von Immigration aus armen Erdregionen.

All diese Gesichtspunkte rechtfertigen weder nach dem Völkerrecht noch nach der Friedensethik der christlichen Ökumene den Einsatz von tödlichen Waffen oder die Gefährdung des Lebens von Zivilisten und Soldaten.

Als Getaufte erklären wir in aller Deutlichkeit:

Wer für Soldaten betet und gleichzeitig Militärdoktrinen zugunsten von Wirtschaftsinteressen befürwortet, lästert Gott.* Wer nationale Wirtschaftsinteressen zur Rechtfertigung von militärischem Handeln heranzieht, verlässt die Treue zum Evangelium und trennt sich selbst von der Gemeinschaft der Glaubenden. Wir bitten alle Schwestern und Brüder inständig, das gemeinsame Band nicht zu zerreißen, am Bekenntnis zum Gott des Friedens festzuhalten und gegen jegliche politische Rechtfertigung von Kriegen aus wirtschaftlichem Interesse Widerstand zu leisten.

* Selbstredend wird hier nicht das Gebet für Soldaten abgelehnt! Als Lästerung ist verstanden, das Leben von Soldaten - scheinheilig - unter Gottes Schutz zu stellen und es GLEICHZEITIG durch wirtschaftlich motivierte Militärplanungen zu gefährden.

Sie können diese Erklärung über das Online-Formular unterzeichnen.

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/>

EINLADUNG ZUM WORKSHOP

VIRTUAL PEACE FORUM, Wien (8.-13.4.2011)

Vom 8. bis 13. April 2011 findet in Wien dieser Workshop zu den Möglichkeiten eines virtuellen Friedensforums statt. Die Fahrtkosten, Aufenthaltskosten und sämtliche Ausgaben für den Seminarablauf werden erstattet.

Themenbereiche: Kultur des Friedens; Aktives Bürgerengagement; Neue Technologien; Lernen im Dialog zwischen den Generationen;

Allgemeine Sprache im Workshop: ENGLISCH

Zielgruppe: Frauen und Männer aus unterschiedlichen Generationen und verschiedenen Ländern Europas, die an Friedensthemen interessiert sind und in irgendwelchen entsprechenden Aktivitäten engagiert sind. Außerdem sollen zumindest die Teilnehmerinnen der jüngeren Generation daran interessiert sein, Ideen und Unternehmungen zum Thema Frieden in virtuelle Existenzen zu transformieren und Ereignisse für ein virtuelles Friedens-Forum

zu entwickeln und zu entwerfen. Erwartete TeilnehmerInnenzahl: maximal 18 Personen.

Programm

Für das Kennenlernen wird ein Austausch zwischen den Teilnehmerinnen über ihre Erfahrungen, Ideen, Vorstellungen zum Thema Frieden und zu ihrem aktiven gesellschaftlichen Engagement initiiert. Wir werden in diesem Workshop den Austausch zwischen Generationen und unterschiedlichen Kulturen über ihre Erfahrungen, Sichtweisen und Gedanken über Frieden und soziales Engagement besonders betonen. Wir werden Ähnlichkeiten und Unterschiede finden. Wir werden die Entstehungsgeschichten der Unterschiede aufsuchen. Wir werden die Aufmerksamkeit für Ähnlichkeiten verstärken und mögliche Kooperationen zwischen Ähnlichkeiten und Unterschieden erarbeiten.

Anschließend geht es um Entscheidungen für

Aktivitäten und Bereiche, mit denen wir Friedensthemen in einem virtuellen Friedensforum ausstatten wollen. Bevorzugt werden solche, die zufällig Vorüberkommende im virtuellen Raum neugierig machen und zum Mitmachen einladen könnten. Kreative Ideen zum Design solcher Aktivitäten und Bereiche werden entwickelt. Ideen, wie diese Aktivitäten und Bereiche in einen virtuellen Marktplatz eingebracht werden könnten, sollten letztendlich in diesem Workshop entstehen.

Workshop Organisation: Jalka, Konfliktkultur: office@konfliktkultur.at

Kontakt: Breitenfeldergasse 2/14; 1080 Wien; Österreich Workshop Katalog:

http://www.oead.at/fileadmin/III/dateien/lebenslanges_lernen_pdf_word_xls/grundtvig/workshops/2010/2nd_gru_ws_cat_oct_2010.pdf



Bericht von der VENRO-Tagung

19./20.2.2011 in Hannover / von Waltraud Andruet und Andreas Hämer

engagierten Gruppen und Organisationen entspricht. Die anberaumten Podiumsdiskussionen lassen sich kaum als solche bezeichnen; denn ausdiskutiert werden konnte in der knappen zur Verfügung stehenden Zeit nicht viel. Immerhin war es aber möglich, dass die einen oder anderen Statements sich aufeinander bezogen und hier und da auch Missverständnisse klären konnten.

Die Kompetenz der Referenten war hoch; viele von ihnen haben längere Zeit in Afghanistan gelebt und gearbeitet. Deutlich wurde vor allem eins: Es gibt keine gesicherten statistischen Untersuchungen, auf die sich ein Lagebericht beziehen könnte. Der sog. Fortschrittsbericht, der dem Bundestag bei der Entscheidung über die Verlängerung des Mandats zugrunde lag, wurde vom Friedensbeauftragten der EKD (Renke Brahm) unumwunden als geschönt bezeichnet.

Die Friedensbewegung steht immer wieder vor dem Problem, dass in der Politik alte Begriffe neu besetzt (z. B. Menschenrechte) und neue erfunden und ins Militärische Konzept integriert werden, z.B. Vernetzte Sicherheit, Zivil-Militärische Zusammenarbeit... Minister Niebel will die BMZ-Entwicklungsgelder nur dort auszahlen, wo entsprechende Projekte in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr durchgeführt werden. Die Staatlichen Mittel werden, deutlicher als bislang, nach politischen Interessen eingesetzt.

Am Sonntagvormittag haben wir unterschiedliche Arbeitsgruppen besucht.

In der AG 1 (u.a. mit „medica mondiale“) wurde vor allem über die Arbeit von Frauenprojekten in Afghanistan berichtet. Dabei wurde noch einmal deutlich (wie bereits am Tag zuvor): Frauenrechte, die hierzulande seinerzeit

als wichtiger Grund für die Intervention propagiert wurden, spielen in Wirklichkeit nicht die geringste Rolle. Vielmehr wurden (werden kaum noch!) Frauenrechte und Menschenrechte überhaupt lediglich dazu instrumentalisiert, die Intervention zu legitimieren. Auf die Frage, ob von der Seite der Frauenprojekte militärischer Schutz in begrenztem Maße gewünscht würde, antwortete eine Afghanin: „Wenn bei uns Frauen vergewaltigt werden, greift das Militär ohnehin nicht ein...“

In der AG zu den Regionalen Waffenstillständen stellte Otmar Steinbicker ein akzeptables Friedenskonzept vor. Dieses knüpft an die afghanische Tradition der Konfliktlösung an. Die Stammesführer, die die kriegsmüde Bevölkerung vor allem des Südens und Ostens repräsentieren, fordern eine Verhandlungslösung für Afghanistan, die alle Teile der afghanischen Gesellschaft inklusive der Taliban einbezieht, sowie den Abzug der ausländischen Truppen.

An der Gründung dieser Nationalen Friedens-Jirga (die am 8./9. Mai 2008 von mehr als 3000 vorwiegend paschtunischen Stammesführern, religiösen Würdenträgern, Abgeordneten und Intellektuellen gegründet Nationale Friedens-Jirga Afghanistans) nahmen als Gäste auch ausländische Diplomaten, darunter Vertreter der Deutschen Botschaft teil.

Zum 1.9.2008 verabschiedeten die Nationale Friedens-Jirga und die deutsche Kooperation für den Frieden eine gemeinsame Erklärung. Darin wurden auch Forderungen und Vorschläge an die Bundesregierung formuliert. Bundesregierung und NATO müssen sich jetzt entscheiden, ob sie an der Vorbereitung eines Friedensprozesses in und um Afghanistan mitwirken oder weiterhin den Bürgerkrieg vorbereiten wollen.

Haben wir auf der Tagung also eine gemeinsame Linie gefunden? – Das wäre noch zu viel behauptet. Aber eins ist klar: „Abzug sofort“ ist ohnehin unrealistisch und darum nicht diskutabel. Sinnvoll hingegen ist die Forderung nach einem sofortigen Beginn des Abzugs und einer vernünftigen Exit-Strategie.

Praktisches Fazit: Zusammen mit den Entwicklungspolitischen Vertreter/innen vor Ort und den Friedensgruppen hier im Lande auf die aktuelle Situation in Afghanistan aufmerksam machen und auf öffentlichen und internen Veranstaltungen über die politische Lage in Afghanistan berichten.

„Bundeswehr raus aus Afghanistan“;... „Sofortiger Abzug aller ausländische Truppen...“ – solche Aufrufe sind aus Kreisen der Friedensbewegung bekannt. Entwicklungspolitisch arbeitende Organisationen und Gruppen, die sog. NGOs, sind im Hinblick auf das „sofort“ zurückhaltender. Sie sind besorgt um die Zukunft der von ihnen initiierten Aufbauprojekte; denn große Teile des afghanischen Widerstands bekämpfen ihrerseits jede Form und jedes kleinste Stück Einmischung auf ihrem Territorium.

Nun haben zum ersten Mal die Friedensbewegung und entwicklungspolitisch arbeitende Organisationen mit einem gemeinsamen Diskussionspapier eingeladen. Einleitend heißt es: „Wir ... haben mit Blick auf den Krieg in Afghanistan einen intensiven Dialog begonnen. Dabei wurde deutlich, dass uns vieles eint. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Politische Probleme verlangen nach politischen Antworten“.

Gerade am ersten Tag gab es eine Fülle von Statements, die der großen Anzahl der



Diskussionsrunde mit Reiner Braun, Stephan Hebel, Citha Maaß und Andrea Böhm. Foto: Viola Tölke

EXPECT Seminar – Ungarn

Von Maria Krisinger

Vom 04.-06. Februar 2011 fand der letzte Teil der EXPECT-Seminar-Reihe in Ungarn statt, diesmal unter dem Thema: „Interreligiöser Dialog“. Mit diesem Titel tue ich mich schwer. Was genau ist ein interreligiöser Dialog? Vielleicht würde ich in Ungarn mehr zu diesem Thema lernen. In der recht kurz bemessenen Zeit konnte es kaum um mögliche Lösungsansätze gehen, sondern viel eher um eine Erkenntnis der verschiedenen Arten von Gewalt und um Möglichkeiten eines Dialoges.

Nach einer kleinen Kennenlernrunde am Freitag Abend begannen wir am Samstag morgen mit dem „triangle of violence“ von Johann Galtung, der drei Ebenen der Gewalt beschreibt: die persönliche, die strukturelle und die kulturelle. Alle drei sind miteinander verbunden und führen zu Konflikten. Wobei Konflikte nicht als negativ angesehen werden müssen, sondern viel eher als Chance, unerwünschte Strukturen zu verändern. Laut Galtung gibt es mehrere Möglichkeiten mit Konflikten umzugehen:

- 1) Eine Partei dominiert die andere. Somit gewinnt einer und ein anderer verliert.
- 2) „Wenn ich nicht gewinnen kann, verlieren lieber wir beide“.
- 3) Man trifft sich in der Mitte, aber keiner ist wirklich glücklich.
- 4) Oder man tritt in einen Dialog, um die tiefsten Bedürfnisse des anderen zu verstehen, um herauszufinden, ob es vielleicht ähnliche Bedürfnisse gibt, und so einen Weg zu finden, der für beide zu einer besseren Situation führt

Die letzte Möglichkeit ist sicherlich die erstrebenswerteste, doch in jedem Fall auch die

schwierigste und langwierigste.

Wir bekamen eine Fallstudie und sollten aus dem Text die drei Ebenen der Gewalt herausfinden. Das Beispiel: Eine Firma in Holland, zu 75 % mit MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund. Nach den Sommerferien tragen auf einmal alle marokkanischen Männer lange Bärte, sehen keine Frau mehr direkt an, beten fünf mal am Tag und verlassen freitags früher die Arbeit, um in die Moschee zu gehen.

Das Arbeitsklima und der Arbeitsablauf werden davon stark beeinträchtigt. Von den persönlichen Problemen einer bosnischen Mitarbeiterin dringt dieses Problem bald bis in die Chefetage durch. Nachdem der Chef lange auf diese Männer einredet und ihnen erlaubt, Freitag Nachmittag kurz die Arbeit zu verlassen, um in die Moschee zu gehen, hört dieses Verhalten so schlagartig wieder auf, wie es begonnen hatte.

Ein Aufschrei also, von Menschen, die ihre Bedürfnisse in den Strukturen eines christlich geprägten Landes nicht befriedigen können und die auf plakative Weise auf sich aufmerksam machen wollen.

Ich habe viel gelernt und die Diskussion war fruchtbar und interessant. Dennoch bin ich wieder nicht überzeugt, was den Titel angeht. Es ging hier doch wieder nicht um einen interreligiösen Dialog. Ging es wirklich darum, Vorurteile abzubauen, die Bedürfnisse zu verstehen und einen gemeinsamen Weg aus dem Problem heraus zu finden? Oder nicht vielmehr darum, den ungestörten Arbeitsalltag möglichst schnell wieder herzustellen? Man fand einen Kompromiss, der beide Konfliktparteien allerdings nur mäßig glücklich macht. Der Chef verliert freitags für ein paar Stunden Arbeitskräfte und die muslimischen Männer müssen sich in der Moschee beeilen, um schnell wieder zur Arbeit zu kommen.



limischen Männer müssen sich in der Moschee beeilen, um schnell wieder zur Arbeit zu kommen.

Ich fand die Idee dennoch sehr klug und es gab einen ersten Schritt. Wünschenswert wäre es meines Erachtens jedoch, würden sich Länder wie die Niederlande oder Deutschland in Zukunft Gedanken darüber machen, dass eine christliche Wochenaufteilung in einem Einwanderungsland auf Dauer nur zu Konflikten führen kann. Es ist wohl an der Zeit, Strukturen zu lockern, flexibler zu werden.

Alles in allem war es ein informatives Wochenende mit vielen motivierenden Gesprächen, auch in den Seminarpausen und während der Abende. Viele aktive Menschen aus Belgien, Frankreich, Österreich, Holland und Deutschland waren anwesend. Schade fand ich, dass es den jeweiligen Gastgebern anscheinend verboten war, daran teilzunehmen. Dabei wäre es besonders spannend gewesen, etwas über Projekte und Vorstellungen zu lernen, die es in Ungarn gibt, während man sich gerade dort aufhält. Die Zeit war auch viel zu kurz bemessen, was aber in der nächsten Seminarreihe anders werden soll. Freuen wir uns also auf eine nächste Runde.

Jugendrat-Treffen

Der Jugendrat des Versöhnungsbunds hielt sein erstes Treffen vom 28.-30. Januar 2011 bei Hannah Klemm und Marco Geue ab. Dafür kamen noch drei weitere Mitglieder des Jugendrats (Clara Hahn, Tobias Lohse und Clara Ahlborn) nach Köln.

Da wir alle erst am Freitagabend und zu unterschiedlichen Zeiten in Köln ankamen, diente uns der Abend in erster Linie zum Austausch und näheren Kennenlernen der Jugendratmitglieder. Am Samstag legten wir dafür schon

morgens los und Clara H. begann mit einem Bericht über das IFOR- Council, das im Herbst 2010 in den Niederlanden stattgefunden hatte.

Danach sprachen wir ausführlich über die Jahrestagung 2011 in Duderstadt. Nach dem Mittagessen und einem kleinen Spaziergang ging es weiter mit der Homepage des VB, der Onlinepräsenz der Jugend und den Perspektiven des Jugendforums. Ziemlich spät und ziemlich geschafft beendeten wir den inhaltlichen Teil des Treffens und verbrachten noch einen ausgelassenen Samstagabend. Alles in allem hatten wir ein sehr informatives und pro-



duktives Treffen, sehr viel Spaß und ein schönes Wochenende in Köln.

An dieser Stelle noch mal ganz lieben Dank an Hannah, Marco und Marcos Familie für die Schlafplätze und das gute Essen!

Clara Ahlborn

Nachrichten und Termine

Betr. Kinderbetreuung auf der Jahrestagung in Duderstadt

Wir benötigen für unsere Jahrestagung vom 02. - 04. Juni 2011 in Duderstadt (bei Göttingen) noch BetreuerInnen für die Kindergruppen und Leute für den Ausklang mit den Kindern.

Die Lutherixen für Xertifix können dieses Jahr nicht.

Bitte meldet Euch, wenn Ihr folgende Aufgaben übernehmen wollt bzw. jemanden/je frau kennt, der/die Lust hat:

Gruppe 1: Betreuung der 1-5 Jährigen (geplante Zeiten: Do. von ca. 16.15-18.00 Uhr, Fr. von 9-12.30 und 14.45-18.00 Uhr, Sa. 9.00 - 12.30 und 14.15 -18.00Uhr (evtl. kürzer wegen Aktion)

Gruppe 2: Betreuung der 6-10 Jährigen (siehe Zeiten oben)

Gruppe 3: Angebot für 11-14 Jährigen

Hier ist stundenweise Betreuung geplant – kleine Angebote wie Volleyball, Musik, Museumsbesuch oder ähnliches. Bisher hat sich nur Clara Ahlborn gemeldet. Sie bietet „Armbändchen knüpfen“ an.

Ausklang mit den Kindern am Donnerstag und Freitag, um 19.00 Uhr

Bisher hat nur Sophia Firtgau ihre Mithilfe angeboten.

Rückmeldungen bitte an: Margit Kliesch; Tribünenweg 6; 33649 Bielefeld, Tel.: 0521-160419; mail: margit.kliesch@googlemail.com

Volontärsprogramm in Palästina

Holy Land Trust und Middle East Fellowship bieten wieder ein interessantes Volontärsprogramm in der Westbank an. Ich habe 2009 daran teilgenommen und kann es sehr empfehlen. Die Volontäre wohnen in Gastfamilien in Bethlehem, Beit Jala und Beit Sahour. Sie unterrichten Englisch, bauen Häuser auf, betreuen Kinder in Sommercamps, arbeiten bei Menschenrechtsorganisationen oder sozialen NGOs oder erstellen Webseiten. Während ihres Aufenthalts haben sie die Möglichkeit, palästinensische und israelische Friedensaktivisten zu treffen, durch Exkursionen und Vorträge mehr über den Konflikt zu erfahren sowie an Arabischkursen teilzunehmen.

Wichtig: Die Deadline für die Bewerbung mit den vollständigen Unterlagen ist der 11. April 2011. Infos hier: <http://www.palestinesummer.org/> - Rückfragen bei Gabi Bieberstein

Karl-Heinz Bittl teilt uns folgende Seminartermine mit:

5.-9.4.2011 Kassel: „Lernfeld Gruppe - wie Konflikte in Gruppen einfacher werden!“ - Ein Seminar mit TaKeTiNa und Group Relation

5.-7.5.2011 Dresden: „Beginn des Grundkurses für zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Coaching for Change“

20.-25.6.2011 Karlsruhe: „Lernfeld Gruppe - wie Konflikte in Gruppen einfacher werden,“ - Ein Seminar mit TaKeTiNa und Group Relation

19.-20.5.2011 Brixen: „Orientierungsseminar Konfliktberater (ATCC)“. Die Ausbildung beginnt im Oktober.

7.-9.7.2011 Nürnberg: „Orientierungsseminar Ausbildung zum/r Trainer/in in ziviler, gewaltfreier Konfliktbearbeitung und transkulturellem Lernen“ - Ausbildungsbeginn Oktober 2011.

Veranstalter ist jeweils das FBF und EiCCC, Kontakt ist am Besten bei info@eiccc.org, und das untenstehende Telefon 0911-6996294, Webseite www.eiccc.org

EU-Seminar: Austausch und Begegnung mit arabischen Ländern

Vom 24.-28.10.2011 findet in Vlotho, NRW ein internationales Seminar statt. Veranstalter sind das AKE-Bildungswerk Vlotho, der Versöhnungsbund und mehrere andere auch ausländische Organisationen. Zielgruppen sind alle, die an einem Austausch und an Begegnung mit Partnern in arabischen Ländern interessiert sind. Insbesondere möchten wir auch Menschen aus arabischen Ländern ansprechen, die in Europa wohnen oder sich gerade hier aufhalten.

Seminarsprache ist Englisch; einzelne Arbeitsgruppen sollen auf Deutsch, Arabisch und eventuell Französisch durchgeführt werden.

Themen werden u. a. sein:

Bedeutung des Austauschs und der Begegnung mit der arabischen Welt

Entwicklungstendenzen in der arabischen Welt, insbesondere die Demokratiebewegungen

Rassismus

Islamphobie

Interkulturelle Kompetenz, interkulturelle Konflikte

Gewaltfreie Kommunikation

Millennium-Entwicklungsziele

Erfahrungsberichte sowie Möglichkeiten der Begegnung

Skype-Konferenz mit TeilnehmerInnen aus einem arabischen Land während des Seminars Wer Interesse hat, teilzunehmen oder auch eventuell eine Arbeitsgruppe zu leiten, wendet sich bitte an Gabi Bieberstein, bieberstein@vhs.bz

Seminar 2011 mit Reinhold Dietrich für den Internationalen Versöhnungsbund, Österreichischer Zweig, 18.-20.3.2011 in Koppl bei Salzburg.

Kosten: 100 Euro Seminargebühr plus Unterkunft und Verpflegung. Information und Anmeldung: marion.schreiber@speed.at

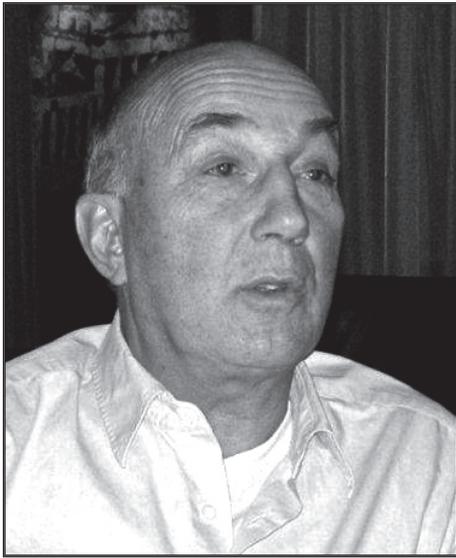
Thema „Kraft, Aggression und Frieden“ - Selbsterfahrungslernen mit spirituellen Sequenzen.

Der tiefste und äußerste Wunsch des Menschen ist der nach Frieden. Die Verwirklichung dieses Wunsches setzt jedoch alle anderen Entwicklungsschritte in Person und Psyche voraus. Indem wir selbst mehr Friedfertigkeit hervorbringen, finden wir zum Glück und überwinden wir das Leid.

Volker Austein bittet um Mithilfe:

„Mittlerweile bin ich an der Uni Oldenburg zur Promotion in der Ev. Theologie (Kirchengeschichte) angenommen worden. Ich habe mir vorgenommen zu untersuchen, was aus den jungen Menschen geworden ist, die seit 1911 in Siegmund-Schultzes Settlement bzw. in der bald gegründeten Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (SAG) mitgearbeitet haben: Aus welchen Zusammenhängen und mit welchen Motivationen kamen sie? Gab es in Ost-Berlin prägende Erfahrungen, wichtige Kontakte, eine Ausbreitung der Idee und des Engagements, Netzerbildung, ökumenisches Miteinander?“

Vielleicht sind unter den Mitgliedern des Versöhnungsbundes einige, deren Verwandte in der SAG mitgearbeitet haben oder die möglicherweise nur von der SAG gehört haben. Da wäre interessant herauszufinden, wo das war. Meldet euch! Volker Austein, An der Tonkuhle 8b, 26188 Edewecht; Tel. 04405-989876 (d) volker.austein@ewetel.net



Aktuelles über Beatrice Amony und PDF in Uganda

von Uli Sonn

Wie im letzten Rundbrief 4/2011 beschrieben, wurde unsere Freundin Beatrice Amony aus Uganda im August 2011 von einer schweren Krankheit befallen: Meningitis mit folgendem Schlaganfall. – Für die vielen Freunde/innen und Sympathisanten im Versöhnungsbund hier eine Beschreibung des aktuellen Standes.

Beatrice kann nun mit dem Stock etwas laufen, der linke Arm ist beweglich, der rechte noch sehr schwach. Das Sprachvermögen ist stark blockiert. Sie kann jedoch Laute artikulieren, immerhin meinen Namen sagen (!) und versteht alles. In einem Telefongespräch neulich hat sie lauthals gelacht und lebhaft auf meine Erzählungen reagiert. – Vielleicht dürfen wir das als ermutigendes Zeichen interpretieren. Jedoch wissen wir, dass es noch eine sehr lange Zeit brauchen wird und wir diesbezüglich von Hoffnung leben.

Von Zeit zu Zeit nimmt sie ihr Partner Richard mit ins Büro von PDF (Peace and Develop-



ment Foundation), so kann sie die aktuellen Entwicklungen verfolgen, jedoch ist ihre große Pein zu spüren, dass sie nicht selbst aktiv sein kann, wie Richard berichtet. Anfang Februar hat sie an der Eröffnungsfeier für den Erwachsenenbildungskurs für „ihre“ Jugendlichen (den ehemaligen Kindersoldaten) teilnehmen können - zu deren großer Freude.

So hat nun also der lange und gründlich vorbereitete einjährige Kurs begonnen, der den Jugendlichen nach dem erfolgreichen Abschluss das „Primary Literacy Certificate“ ermöglicht (vergleichbar mit dem Hauptschulabschluss), das die Voraussetzung für jegliche

weitere Ausbildungsaktivitäten bildet.

Der Kurs wurde von PDF organisatorisch sehr sorgfältig vorbereitet: Zunächst galt es, die für solch eine Zielgruppe geeigneten Lehrer zu finden, die kommunalen politischen Autoritäten und die Schulbehörden einzubeziehen, vor allem aber: im Vorbereitungsprozess die Beteiligung sämtlicher betroffenen Jugendlichen zu organisieren, sodass diese ihre Wünsche und individuellen Bedürfnisse artikulieren konnten. Denn sie haben ja alle unterschiedliche Voraussetzungen, je nachdem, zu welchem Zeitpunkt ihrer Kindheit sie entführt worden sind. Bei den weiblichen Teilnehmerinnen musste die Betreuung ihrer Kleinkinder berücksichtigt werden. Ferner wurden von PDF noch 15 weitere Jugendliche aus den Dörfern miteinbezogen, die zwar nicht ehemalige Kindersoldaten waren, jedoch aufgrund der Kriegereignisse ebenfalls keine Gelegenheit hatten, Schulbildung zu genießen. Auf diese Weise sollte Ungerechtigkeit und Neid vermieden werden, was auch zu einem guten nachbarschaftlichen Miteinander unter den Jugendlichen in den Dörfern beiträgt.

Dass dieser Kurs finanziell zustande kam, ist der Spendenbereitschaft von Mitgliedern des Versöhnungsbundes, Freunden des Martin Niemöller Hauses und der Gemeinde Dahlem zu verdanken. Auch hat eine Schulkasse in Villingen einen Teil ihrer ABI-Fest-Einnahmen zur Verfügung gestellt. Dafür allen Spendern ein herzliches Dankeschön, auch im Namen von PDF, die diesen Dank nach jeder Überweisung ausdrücken! Gleichzeitig verwenden wir weitere Spenden zur Unterstützung des Lebensunterhalts von Beatrice und Richard.

Globales Lernen - Internationales IFOR-Seminar

Ein Seminar für Jugendliche und Erwachsene

Globales Lernen will eine erweiterte und übergreifende Bildungsperspektive angesichts der Globalisierung vermitteln. Es bezieht die weltweiten Friedens-, Umwelt-, Gerechtigkeits-, Menschenrechts- und Demokratiebewegungen mit ein, nimmt Impulse und Erfahrungen aus diesen Bewegungen auf und stellt deren Zusammenhänge unter die Perspektive „Zukunftsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung“.

Die Teilnehmer/innen kommen vornehmlich aus den internationalen Zweigen von IFOR und werden über die Projekte, Programme und Kampagnen ihrer jeweiligen nationalen Zweige berichten. Durch das gegenseitige Informieren, den Austausch von Erfahrungen, Wahrnehmen der unterschiedlichen Hintergründe und Situationen, Hören, sich Beraten

und Begleiten mit Einfühlsamkeit geschieht „Globales Lernen“.

Programmablauf und Inhalt:

1. Teil Berlin, Martin Niemöller Haus, 16.-24. Juli
2. Teil Kommunität Grimnitz „Joachimsthal“ 24. Juli-31. Juli
3. Teil: Berlin 1.-4. August
Evaluation und Follow up / Exkursion nach Hamburg (kritische Hafensrundfahrt); Preis: 150.- Euro

Info: M.Niemöller Haus Berlin, c/o Ulrich Sonn
Tel.030-84319550 @: vb_ulisonn@yahoo.de

ISRAELS IRRWEG. Eine jüdische Sicht

Erw. Neuauflage; PapyRossa-Verlag Köln, 2. Aufl. 2009; 183 S.; 12,90 Euro

*ISRAELS IRRWEG. Eine jüdische Sicht
Erw. Neuauflage; PapyRossa-Verlag Köln,
2. Aufl. 2009; 183 S.; 12,90 Euro*

Bereits der Titel wirkt provokativ. Kritik gegenüber Israel gilt als tabu, jedenfalls für Christen, zumal für Deutsche. Woraus zumeist eine unkritische Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Politik folgt. Setzt sich jemand auch nur einem Hauch von Verdacht aus, dieses Tabu zu verletzen, hagelt es Vorwürfe... – Der Verfasser des o.g. Buches ist Jude und war bis Mitte vorigen Jahres Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland. Doch auch ihm, ihm erst recht bleiben Vorwürfe nicht erspart.

Schon in der Einleitung stellt er klar: Jüdisch sein und pro-israelisch sein gehört, entgegen verbreiteter Anschauung, nicht selbstverständlich zusammen. Vielmehr ist kritisch nachzufragen, was jüdische Identität wirklich heißt – und Kritik bedeutet weder Skepsis noch Verurteilung, sondern Differenzierung und Unterscheidung.

Im ersten Teil („Wisse, woher Du kommst“) berichtet der Verfasser dezidiert persönlich von seiner jüdischen Heimat, d.h. von der Tradition, in der er aufgewachsen ist, und von den Erfahrungen, die sein Leben geprägt haben.

Er gibt einen gedrängten Überblick über die Geschichte der zionistischen Bewegung – und dies, entgegen sonstigen Darstellungen, in ihrer Ambivalenz zwischen nationalistischer und religiöser Orientierung. Schließlich folgt eine „Kurze Geschichte der Konflikte Israels mit seinen Nachbarstaaten“.

Im zweiten Teil („...und wisse, wohin Du gehst...“) wird aufgezeigt, wie in den letzten Jahrzehnten sowohl Nationalismus als auch Anti-Antisemitismus zunehmend als Religionsersatz fungieren. Keine Frage: Die fürchterlichen Ereignisse der Schoah dürfen „nie wieder“ geschehen, aber man kann dieses Vermächtnis eben auf zweierlei Weise interpretieren. Universalistisch („es soll derartiges niemandem je wieder passieren“) oder nationalistisch: („das soll uns Juden niemals wieder passieren, notfalls müssen andere leiden“; S. 87). Gegenüber einer religiös verengten Sichtweise, die den Verfasser „nicht mehr interessiert und anzieht“, fragt er: „Könnte man nicht seine Befriedigung und jüdische Identität darin finden, sich gegen Antisemitismus und Fremdenhass zu engagieren?“ (S. 89) Seine universalistische Sicht hat ihm freilich viel Kritik aus eigenen Reihen eingetragen, nicht zuletzt von Micha Brumlik – und schließlich auch vom Direktorium des Zentralrates, aus dem er deswegen ausschied.



Im dritten Teil („...und vor wem du zukünftig Rechenschaft ablegen musst“) setzt sich der Verfasser mit dem „Antisemitismus“-Vorwurf auseinander (den Begriff „Antisemitismus“ lehnt er selbst aus guten Gründen ab; er spricht von Juden- und allgemeiner: von Fremdenhass). Er hält ihn schlicht für „ein Mittel zur Ausgrenzung unliebsamer Meinungen“. Die Diskussion ist zwar „möglich, aber unerwünscht“ – das wird zuletzt exemplarisch an der Dokumentation einer höchst unerfreulichen e-mail-Korrespondenz vorgeführt. Gleichwohl wird eine schonungslose Diskussion zur Überlebensfrage; Menschenrechte müssen auch für Palästinenser gelten; anders gibt es keinen Frieden. „Wenn der Staat Israel nicht diesen Weg geht, wird es diesen Staat wahrscheinlich in hundert Jahren nicht mehr geben – und schlimmer noch – das Judentum wird sicherlich immer mehr eine platte volkstümliche nationalistische Herrschaftsideologie...“ (S. 158).

Ein vierter Teil („Der Krieg gegen Gasa“) wurde für die zweite Auflage hinzugefügt und aktualisiert das Werk.

Abgesehen von der Fülle sachlicher Informationen spricht mich das Buch nicht zuletzt auch deshalb sehr persönlich an, weil – bei allen Unterschieden von Biografie und Tradition – viele Fragen und Interpretationen das traditionelle Christentum kaum weniger betreffen. Zugespielt können sie auf den Nenner gebracht werden: Klerikalistische oder universalistische Sicht?

Andreas Hämer

Rolf Verleger



Bekannt wurde Rolf Verleger vor allem als Direktoriumsmitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland und als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein.

Unter dem Eindruck des israelisch-libanesischen Kriegs im Sommer 2006 äußerte er sich mit einem Brief vom 23. Juli 2006 zunächst intern im Zentralrat, dann öffentlich kritisch zu den „militärischen Maßnahmen der israelischen Regierung gegen den Libanon“ und zu der Israel unterstützenden Haltung des Zentralrats hierzu.

Am 22. November 2006 startete Rolf Verleger die so genannte Online-Petition Schalom5767, auch Berliner Erklärung genannt, die mehr kritische Distanz der Bundesregierung gegenüber der israelischen Politik fordert.

Im Juni 2009 entzog die Jüdische Gemeinschaft Schleswig-Holstein Verleger sein Mandat als Delegierter im Zentralrats-Direktorium.

**Psychologe, Hochschullehrer
und Essayist**

Sari Nusseibeh „Es war einmal ein Land“

suhrkamp taschenbuch 4086, 528 S. 14 Euro

Auf Sari Nusseibeh bin ich nicht erst gestoßen, als ich erfuhr, dass er im November zusammen mit Amos Oz den Siegfried-Unselst-Preis erhielt (mit 50000 Euro dotiert).

Sari Nusseibeh wuchs im arabischen Teil von Jerusalem auf, keine 50 m entfernt von Amos Oz. Der palästinensische Hochschullehrer und PLO-Diplomat ist seit 1995 Präsident der Al-Quds-Universität, der einzigen arabischen Universität in Jerusalem.

Es fasziniert mich, wie er die 1400jährige Geschichte seiner Familie streift und damit endgültig das oft gehörte Vorurteil ad absurdum führt, erst jüdische Einwanderer hätten Palästinenser an die Zivilisation herangeführt. Er beschreibt die Ereignisse des 20. Jahrhunderts, die Aufbruchstimmung nach dem 1. Weltkrieg, Pogrome von Untergrundorganisationen beider Seiten, die das bisherige friedliche Zusammenleben immer unmöglicher machen.

„Versprechungen, nichts als Versprechungen“ ist ein Kapitel überschrieben, was man bis auf die jüngsten Ereignisse ausdehnen könnte. Trotz der systematischen Landenteignung und

-besetzung durch Israelis sucht er immer wieder Verhandlungen und strebt Aktionen an mit gleichgesinnten Israelis.

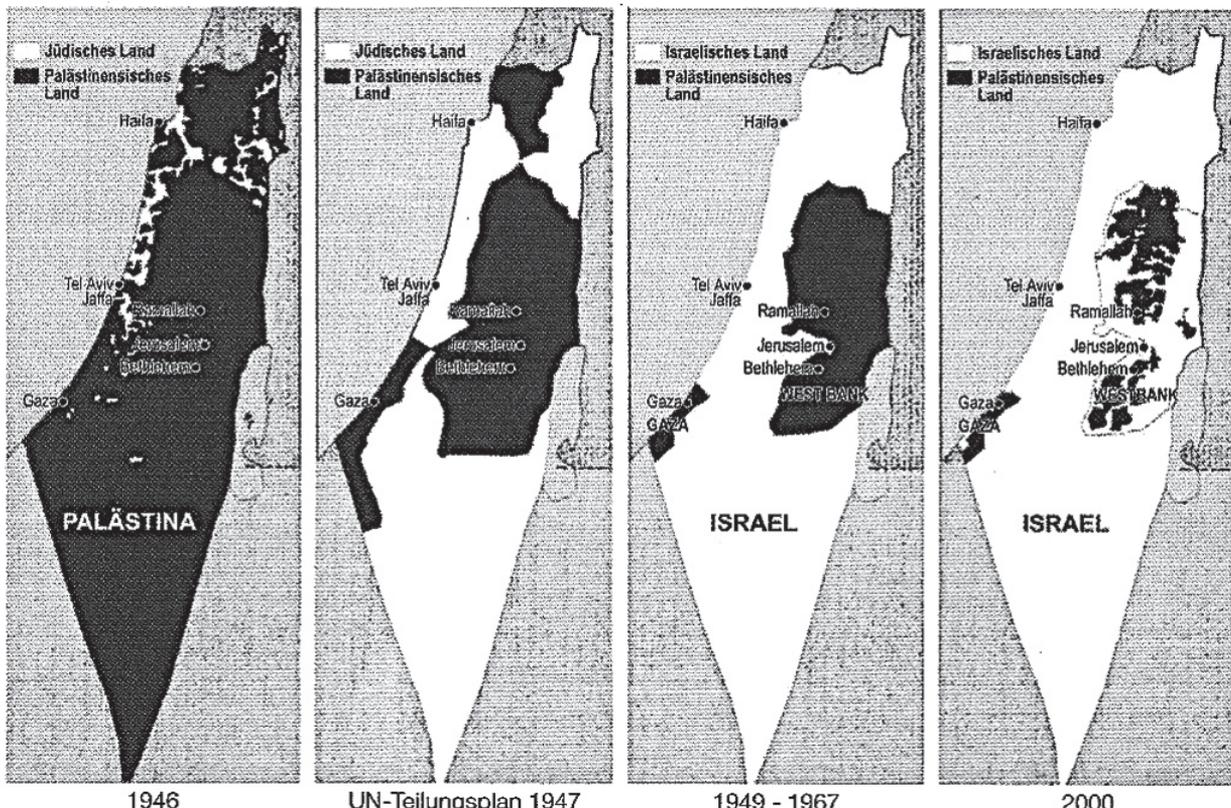
Ihn schmerzt, dass jugendliche Palästinenser seine Haltung der Gewaltfreiheit verlassen und immer militanter werden bis hin zu Selbstmordattentaten. Und ihn schmerzt das bleibende bzw. geschürte Misstrauen der führenden Israelis. Ende 2001 nannte ihn der Minister für öffentliche Sicherheit, Urzi Landau, das „lächelnde Gesicht des Terrorismus“. „Meine Stellungnahmen gegen die Selbstmordattentäter, erklärte er nachdrücklich, seien nichts anderes als ein hinterhältiger Trick, um die Israelis in Sicherheit zu wiegen“. (S. 445).

Das ist eine Autobiographie, die mich nachhaltig beschäftigt. Da muss ich dem Rezensenten der FAZ recht geben: „Wer verstehen will, warum er in den Nachrichten nichts mehr versteht, sollte eine Fernsehpause einlegen und lieber zu diesem unvergesslichen Buch greifen.“

Rudolf Albrecht



60 Jahre Israel 60 Jahre Entrechtung der Palästinenser



Die Welt von morgen

Die Welt von morgen wird -
ja muss eine Gesellschaft sein,
die sich auf Gewaltfreiheit gründet.
Dies mag ein entferntes Ziel sein,
ein unpraktisches Utopia.
Aber es ist nicht im Geringsten unerreichbar,
da man dafür hier und jetzt arbeiten kann.

Ein Einzelner kann den Lebensstil
der Zukunft praktizieren,
in Gewaltfreiheit,
ohne auf Andere warten zu müssen.
Und wenn es ein Einzelner kann,
können es nicht auch Gruppen,
ganze Nationen?

Die Menschen zögern oft,
einen Anfang zu machen,
da sie fühlen, dass das Ziel
nicht vollständig erreicht werden kann.
Diese Geisteshaltung ist
genau unser größtes Hindernis
auf dem Weg zum Fortschritt,
ein Hindernis, das jeder Mensch,
sofern er nur will,
aus dem Weg räumen kann.

Mahatma Gandhi